Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 210. Bromberg, Sonnabend den 12. September 1925. 49. Jahrg.

Chamberlain über die Sicherung des europäischen Friedens.

Genf, 11. September. PAT. In der gestrigen Sitzung der Völkerbundversammlung hielt Chamberlein eine Rede, in der er den Standpunkt Großbritanniens in bezug auf die Sicherung des europäischen Friedens darlegte. Er wies darauf hin, daß England die so wichtige Mossulfrage dem Völkerbunde zur Entscheidung überwiesen und damit den Beweis erbracht habe, daß England dem Völkerbund tatsächlich Vertrauen entgegenbringe. Die englische Regierung sei bereit, zur weiteren Stärkung und Entwicklung des Völkerbundes beizutragen. Es handle sich nur darum, die geeignetsten Wege hierfür zu finden. Das von der vorjährigen Völkerbundversammlung ausgearbeitete Protokoll, das die friedliche Lösung internationaler Konflikte zum Ziele hat, habe nicht die Anerkennung der gegenwärtigen englischen Regierung gefunden, da es nach ihrer Ansicht nicht so weit ging, die Ursachen des Krieges und dadurch die Kriege selbst aus der Welt zu schaffen, sondern vielmehr das Ziel im Auge hatte, im Falle eines Kriegsausbruchs denjenigen gehörig zu bestrafen, der den Frieden gebrochen hatte. Aus diesem Grunde empfiehlt die englische Regierung **an Stelle dieses Protokolls besondere Verträge** zwischen den Staaten, die **den Frieden auf den besonders bedrohten Gebieten garantieren sollen.** Solche Verträge müßten einen reinen Verteidigungscharakter tragen, von dem Geist des Paktes des Völkerbundes durchdrungen sein und unter dem Schutz des Völkerbundes abgeschlossen werden. Die Rede Chamberlains wurde nach der PAT. vielfach mit Beifallsbezeugungen aufgenommen.

Dagegen wird den „Danz. Neuesten Nachr." aus Genf berichtet, daß die Rede sehr wenig Zustimmung gefunden habe. Der englische Außenminister sprach von der Notwendigkeit einer „europäischen Allianz", er verherrlichte den Geist der Versöhnung, der nunmehr in Europa einziehen müßte. Er wandte sich an die Amerikaner und versicherte ihnen, daß in Europa, dank einer allmählichen Umwandlung der Geistesverfassung bald bessere Zeiten kommen würden. Allein diese Ausführungen blieben ohne Erfolg, hier und da bemerkte man ein vorsichtiges Händeklatschen aus der französischen Delegation. Selbstverständlich schilderte Chamberlain die Zukunft des Völkerbundes in recht angenehmen Farben. Er betonte, daß durch den bald zu erhoffenden Eintritt anderer Mächte in den Völkerbund die Möglichkeit geschaffen werden könne, den Frieden der Welt zu sichern.

Wie der Bericht des genannten Danziger Blattes besagt, wurden gerade diejenigen Stellen der Rede, auf die Chamberlain ganz besonderen Nachdruck legte, nicht durch ein einziges Beifallszeichen ausgezeichnet. Die Kälte, mit der die Delegierten gerade dort, wo Chamberlain offenbar Beifall erwartete, gleichgültig zuhörten, sei jedem Beobachter aufgefallen.

Verbreitung der Rede im englischen Weltreich.

Die gestrige Rede Chamberlains ist durch ein System von Relais über das ganze englische Weltreich verbreitet worden. Sie ist durch Landtelephon nach Paris und von dort durch Rundfunk vom Eiffelturm an die englischen Rundfunkstationen weitergegeben worden. Die Übermittlung an die übrigen Rundfunkstationen der anderen Staaten ist ebenfalls vom Eiffelturm aus erfolgt.

*

Nach Chamberlain ergriff das Wort der schwedische Außenminister Unden, der betonte, daß die skandinavischen Völker die Grundsätze des im vorigen Jahre angenommenen Protokolls über die friedliche Beilegung internationaler Konflikte gutheißen und schlug folgende Resolution vor:

„In Anbetracht des Umstandes, daß sämtliche Staaten den Grundsatz des obligatorischen Schiedsspruchs zur Lösung internationaler Konflikte annehmen müssen, ersucht die Versammlung den Völkerbundrat, daß die betreffenden im vorigen Jahr durch die 5. Völkerbundversammlung angenommenen Bestimmungen des Protokolls der Sachverständigenkommission zur erneuten Prüfung überwiesen werden."

Amerikareise des Sejmabgeordneten Graebe.

Abgeordneter Graebe begibt sich im Auftrage der Deutschen Fraktion in diesen Tagen als Delegierter des Sejm bzw. als Mitglied der polnischen Delegation der Gruppe Polen zu der Tagung der Interparlamentarischen Union, welche Ende dieses Monats in Neuyork ihren Anfang nimmt, in Washington fortgesetzt und in Kanada beendet wird.

Polnische Note an den Völkerbund.

Genf, 9. September. Die polnische Delegation hat heute dem Völkerbund eine neue Note in der Frage der Umgrenzung des polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte bei Danzig eingereicht. Es handelt sich dabei, nach Danziger Blättern, um die Frage, wem des Ufergelände der Westerplatte zu unterstellen ist. Nach dem Wunsche des Präsidenten des Hafenausschusses, des schweizerischen Obersten De Loes und des Hamburger Senats soll das Gelände der allgemeinen Hafenverwaltung unterstellt werden.

Die Danziger Delegation unter Führung des Senatspräsidenten Sahm trifft Freitag vormittag hier ein, während der Danziger Völkerbundkommissar Macdonnell erst am Dienstag hier ankommt.

Nochmals die Anmeldung von Schuldverschreibungen in Deutschland.

Nach einer am 29. August im „Deutschen Reichsanzeiger" veröffentlichten Verordnung ist für die in § 39 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 vorgesehenen Aufforderungen zur Anmeldung des Altbesitzes an deutschen Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen ein bestimmter, in der Verordnung angegebener Wortlaut vorgeschrieben. Altbesitzer sind die Inhaber von Schuldverschreibungen, die ihre Schuldverschreibungen vor dem 1. Juli 1920 erworben haben und die bis zur Anmeldung Obligationsgläubiger geblieben sind. Ihnen gleich stehen die Inhaber von Schuldverschreibungen, die gemäß § 38 des Aufwertungsgesetzes als vor dem 1. Juli 1920 erworben anzusehen sind.

Frühere Aufforderungen, die dem in der Verordnung angegebenen Schema nicht entsprechen, sind unwirksam und müssen, worauf wir bereits hingewiesen haben, erneut erfolgen, da sie die in § 39 des Aufwertungsgesetzes vorgesehene Monatsfrist zur Anmeldung nicht in Lauf gesetzt haben. Der Fristenlauf beginnt auch nicht bereits mit der Veröffentlichung der Verordnung. Es bedarf vielmehr noch einer besonderen Aufforderung in der vorgeschriebenen Form. Eine solche muß gemäß § 39 des Aufwertungsgesetzes spätestens am 30. September 1925 erfolgt sein. Der Ablauf der Frist zur Aufforderung, deren Verlängerung nicht stattfindet, steht also kurz bevor.

Das Maximum des Landbesitzes bleibt unverändert.

Warschau, 11. September. PAT. Die vereinigten Kommissionen des Senats nahmen gestern nachmittag die Beratungen über das Agrarreformgesetz wieder auf. Zunächst ergriff das Wort der Leiter des Bodenreform-Ministeriums, Radwan, der an Hand von Zahlen die Veränderungen illustrierte, die bei der evtl. Vergrößerung des Maximums des Landbesitzes eintreten würden. Nach diesen Darlegungen gab der Senator Bielawski im Namen des Nationalen Volksverbandes eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß sein Klub die Abstimmung vom 8. d. M. als durch Zufall zustandegekommen ansehe und daher beantrage, die Abstimmung über die Aufhebung der Veränderungen zu den Artikeln 3 und 4 auf eine der nächsten Sitzungen zu vertagen. Senator Wożnicki fordert die Vertagung der Sitzung der Kommissionen, bis der Klub des Nationalen Volksverbandes entsprechende Beschlüsse gefaßt haben wird.

In der Abstimmung fiel der Antrag des Sen. Wożnicki mit 24 gegen 17 Stimmen und der Antrag des Senators Bielawski auf Vertagung der Abstimmung mit 25 gegen 14 Stimmen. Einem Antrage des Senators Bielawski auf Unterbrechung der Sitzung wurde stattgegeben. Nach der Pause wurde über den Antrag des Senators Bielawski auf Aufhebung der Beschlüsse, die das Maximum des Besitzstandes betreffen, abgestimmt. Die Aufhebung sämtlicher Beschlüsse zum Art. 4 wurde beschlossen. Im Anschluß hieran gelangten die betreffenden Bestimmungen im Wortlaut des Sejmbeschlusses zur Annahme.

Die Aufhebung der Abänderung zum Art. 3 über die Streichung der repressiven Bestimmungen gegenüber den Großgrundbesitzern, die die Parzellierung ohne Wahrung der entsprechenden Rechtsnormen betreiben, fiel. Abgestimmt wurde hierauf über die Änderungsanträge zu den Art. 4—14. Diese Artikel wurden mit mehreren Änderungen angenommen.

Die nächste Sitzung findet heute statt.

Vor der Abreise nach Berlin.

Wie aus Warschau gemeldet wird, ist der Führer der polnischen Handelsdelegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Dr. Prądzyński, der sich am 15. September nach Berlin begibt, am Mittwoch vom Ministerpräsidenten Grabski empfangen worden. Grabski instruierte den Führer der polnischen Delegation für die wieder aufzunehmenden Verhandlungen. Der ökonomische Rat hat eine Liste sämtlicher Waren aufgestellt, die nach Deutschland exportiert und aus Deutschland importiert werden. Die Zahl der Mitglieder der polnischen Delegation wird zukünftig nur noch aus sieben Personen bestehen. Dr. Prądzyński wird den Vorsitz führen.

Deutschland und der Złoty.

In einem dem Vertreter des „Berliner Tageblatts" gewährten Interview über die Wirtschaftslage sagte Ministerpräsident Grabski u. a.:

„Ich glaube an keine absichtliche Aktion der deutschen Finanzkräfte gegen den Złoty. Die Tatsache, daß der Sturz des Złoty an der Berliner Börse sich am stärksten ausgewirkt hat, erklärt sich dadurch, daß infolge des kurz zuvor ausgebrochenen polnisch-deutschen Wirtschaftskonflikts, der einen Stillstand im polnischen Export nach Deutschland zur Folge hatte, größere Mengen polnischer Złoty in Berlin frei wurden. Diese Złoty wurden auf den Markt geworfen. Selbstverständlich mußte sich das größere Angebot von Złoty auf die Kursgestaltung auswirken."

Was die Bank Polski und die Zukunft des Złoty betrifft, führte Grabski weiter aus, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kursdifferenz nur eine vorübergehende Erscheinung ist, die demnächst verschwinden wird. Schon in der nächsten Zeit wird die Intervention an den ausländischen Börsen, die durch die letztens erhaltene 10-Millionen-Dollaranleihe ermöglicht wird, dazu führen, daß der Złoty die Goldparität wieder erreichen wird, was die Regierung augenblicklich auch mit allen Mitteln anstrebt.

Im Gegensatz zu den Praktiken, die während der Markinflation zur Anwendung gelangten, gedenkt Grabski, der Spekulation nicht mit Polizeigewalt auf den Leib zu rücken, sondern die Spekulation sich frei auswirken zu lassen, denn die Besserung des Złoty werde der Spekulation selbst den Garaus machen.

Die Gerüchte seien daher grundlos, als habe die Regierung die Absicht, die Devisendepositen zu beschlagnahmen.

Auf die Frage des Korrespondenten, warum die polnische Regierung im Gegensatz zu anderen Ländern die Paßgebühren erhöht hat, antwortete Grabski, daß diese Erhöhung nur vorübergehend sei und den Zweck habe, die Flucht des Złoty nach dem Auslande zu verhindern. In Polen herrsche nämlich eine Auslandsmanie, die in der Überschätzung alles Fremden zum Ausdruck kommt. Durch die Erhöhung der Paßgebühren solle diesen unnötigen Auslandsreisen ein Riegel vorgeschoben werden.

Unterbrechung der litauisch-polnischen Verhandlungen.

OE. **Kowno**, 9. September. Die in Kopenhagen geführten litauisch-polnischen Verhandlungen sind einstweilen abgebrochen worden, weil hinsichtlich der Konsularfragen keine Einigung erzielt werden konnte. Die polnische Delegation hatte auf ihre zuerst erhobenen Ansprüche betreffend die Zulassung der Flößer nach Memel und die Eisenbahnfrage verzichtet, blieb jedoch bei der Forderung auf Errichtung eines polnischen Konsulats in Memel für Holzhandels- und Forstangelegenheiten. Die litauische Delegation war damit nicht einverstanden und der Vorsitzende, Minister Sidsikauskas, sowie die Sachverständigen kehrten nach Kowno zurück.

Die Kopenhagener Verhandlungen haben in den politischen Kreisen Litauens starke Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, die sich auch in den Presseorganen der verschiedenen Parteien abspiegeln. Das klerikale Blatt „Rytas" fordert mit Rücksicht auf diese Erregung der öffentlichen Meinung zur Veranstaltung von Diskussionsabenden über die Frage der polnisch-litauischen Verhandlungen auf.

Zwei Konferenzen?

Eine für den Westpakt und eine für die Ostfragen?
Eine entmilitarisierte Zone auch für den Osten?

Auf einem Frühstück, das am Dienstag mittag von dem Verband der Völkerbundjournalisten zu Ehren Painlevés und Chamberlains in Genf gegeben wurde, hielt der französische Ministerpräsident eine kurze Rede. In Erwiderung auf diese Rede hielt, wie der „Voss. Ztg." aus Genf gemeldet wird, der englische Außenminister Chamberlain eine Ansprache, der eine größere politische Bedeutung nicht abzusprechen ist, als sonst Tischreden im allgemeinen zu haben pflegen. Chamberlain sagte, daß die Staatsmänner, die hier in Genf versammelt sind, hoffen, mit den Vertretern von Nationen, die hier noch nicht vertreten sind, in Kürze und in einem von hier nicht sehr entfernten Orte zusammenzukommen. In Paris, in London, in Brüssel, in Rom und in Berlin seien die verantwortlichen Staatsmänner zurzeit angestrengt mit der Schaffung eines großen Friedenswerkes beschäftigt. Die Verhandlungen, die schon bisher geführt wurden, hätten viel größere Fortschritte gezeitigt, als er, Chamberlain, noch vor kurzer Zeit zu hoffen gewagt hätte. Somit hoffe er auch, daß das letzte Ziel, der Abschluß des Friedens- und Sicherheitspaktes, in Bälde erfolgen könne.

*

Wie weiter aus Genf gemeldet wird, findet dort ein Besuch viel Beachtung, den Chamberlain, Painlevé und Briand dem englischen Premier Baldwin in Aix les Bains am Dienstag abgestattet haben. Nach dem „Tag" sind die Dienstagkonferenzen von Aix les Bains am Mittwoch in Genf fortgesetzt worden. Teilgenommen haben daran die Londoner juristischen Sachverständigen. Es soll eine gemeinsame Grundlage zur Weiterführung der Verhandlungen mit der deutschen Regierung erzielt worden sein. An die deutsche Regierung soll die Einladung zu mündlichen Verhandlungen über das Sicherheitsproblem abgegangen sein, die angeblich am 29. September in Lausanne beginnen sollen.

In der Zwischenzeit will England im Völkerbund das Problem der Sicherheitsverträge zur Diskussion stellen und hierüber allgemein gültige Richtlinien aufstellen lassen.

Der „Petit Parisien" berichtet, daß Anlaß bestehe, zu glauben, daß kein Einwand mehr gegen die Konferenz der Außenminister erhoben werde. Die Einladung an den Außenminister Stresemann werde voraussichtlich von Baldwin ausgehen. Lausanne sei so gut wie sicher als Konferenzort ausersehen. Es hat sich nur inzwischen die Frage erhoben, ob Polen und die Tschechoslowakei daran teilnehmen könnten. Wie das Blatt aus Genf berichtet, werden wahrscheinlich zwei gesonderte Konferenzen abgehalten werden. Die eine wird sich mit dem Sicherheitsbündnis beschäftigen. An ihr werden nach Mitteilungen Sauerweins im „Matin" Polen und die Tschechoslowakei nicht teilnehmen. Eine zweite Konferenz, auf der Deutschland und diesmal auch Polen und die Tschechoslowakei vertreten sein werden, würde sich mit den Ostfragen beschäftigen. Die Rolle Frankreichs wäre nach dem „Petit Parisien" eine besonders heikle. Sie bestände darin, sich dem Gange der beiden Konferenzen anzupassen. Sauerwein schlägt vor, daß Deutschland sich noch vor der Teilnahme an der Konferenz für das Sicherheitsbündnis verpflichten solle und daß so rasch als möglich Verhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei beginnen müßten. Gleichzeitig wird, wie „Echo de Paris" aus Genf berichtet, wahrscheinlich die Abrüstungsfrage auf der Genfer Konferenz von neutraler Seite zur Sprache gebracht werden, und zwar, um eine Konferenz über diesen Punkt herbeizuführen. Nansen wird hierbei eine besondere Rolle spielen. Jedoch wird die französische Delegation erklären, daß die Fragen nur in folgender Reihenfolge er-

örtert werden können: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung.

Wie nach dem „Tag“ dasselbe Blatt meldet, neigt **Briand** einem Projekt zu, daß in Deutschland

im Osten eine entmilitarisierte Zone

geschaffen werde, und habe diese Absicht bereits mitgeteilt. Er sei jedoch nur zum Teil von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugt. Es würde sich um die Anwendung der Nr. 1 des Artikels 9 des Genfer Protokolls handeln, der sich über die Schaffung von entmilitarisierten Zonen ausspricht, um Angriffen vorzubeugen und den Angreifer leichter bestimmen zu können. Das Blatt meldet, daß aber England nicht ohne weiteres einer solchen Lösung zustimmen würde, da es dadurch indirekt zu Repressalien gegen einen Angriff im Osten verpflichtet würde. Allerdings, meint das „Echo de Paris“, würde die Schaffung einer solchen Zone es Frankreich erleichtern, Polen ähnliche Garantien zu geben, wie es England am Rhein Frankreich gegenüber zu tun bereit ist. Der Vertreter des Blattes berichtet von einer Unterredung mit einem nicht genannten mitteleuropäischen Staatsmanne, in der dieser darauf hinwies, daß diese **entmilitarisierte Zone im Osten auf polnischem Gebiet** gezogen werden müßte, d. h. eine Linie, die vom **Danziger Korridor über Posen bis nach Schlesien geht**, und dies aus dem Grunde, weil bereits im Westen am Rhein auf deutschem Gebiet eine solche Zone durch den Versailler Vertrag gezogen worden ist und Deutschland kaum einwilligen würde, eine zweite Zone im Osten auf seinem Gebiet einrichten zu lassen.

Inzwischen ist Dr. Gaus aus London nach Berlin zurückgekehrt. In Abwesenheit des Reichskanzlers hat der Reichswehrminister Dr. Geßler Dr. Gaus zur Entgegennahme des Berichtes empfangen. Auch dem Reichspräsidenten hat Dr. Gaus Vortrag gehalten. Darauf hat sich Dr. Gaus nach Norderney resp. Helgoland zum Vortrag bei Dr. Stresemann und beim Reichskanzler Dr. Luther begeben.

Der „Tag“ glaubt schon jetzt feststellen zu können, daß eine Konferenz in diesem Monat nicht mehr zustande kommen wird.

*

Beneschs Verzicht auf den Ostpakt.

Prag, 9. September. („Voss. Ztg.“) In einem Sonderbericht des „Prave Lidu“ aus Genf heißt es unter anderem: „Hier wird behauptet, daß Dr. Benesch seinen Antrag bezüglich eines Garantiepaktes für die Oststaaten zurückgenommen habe, da England keinen Zweifel darüber ließ, daß es einzig die Rheingrenze zu garantieren beabsichtige. Im übrigen wird von leitender Stelle der tschechoslowakischen Delegation betont, daß die Tschechoslowakei die französische Einigungspolitik loyal unterstützen und besonders gute Beziehungen zu Deutschland aufrechterhalten wolle.

Die Landung der Spanier in Marokko.

Wie in Madrid amtlich mitgeteilt wird, ist die Abteilung des Generals Saro vollständig gelandet worden und hat feste Stellungen bezogen. Die Verluste der Spanier betragen noch nicht 50 Tote, zur Hälfte Eingeborene. Zwei Kanonen und 7 Maschinengewehre sowie reichliches Kriegsmaterial wurden nach dem spanischen Bericht erbeutet und mehrere Gefangene gemacht. Besonders wird auf die wirkungsvolle Unterstützung des französischen Geschwaders hingewiesen, das sehr gut geschossen habe.

Im westlichen Abschnitt wiesen die spanischen Truppen die Versuche des Feindes, die Linie zu durchbrechen, zurück. In der Gegend vom Lukkos-Fluß haben die spanischen und die französischen Truppen einen Vorstoß unternommen.

Aus Tanger wird weiter halbamtlich gemeldet, daß die an der Bucht von Cebadilla gelandeten spanischen Truppen den Vormarsch auf Adschir begonnen hätten. Das Unternehmen entwickele sich günstig, da der Gegner bis jetzt nur geringen Widerstand leiste.

Nach einer anderen Meldung aus Tanger sollen sich die Temsann, einer der größten Araberstämme Marokkos, auf die Nachricht der spanischen Truppenlandungen bei Alhucemas hin bedingungslos unterworfen haben.

Über die Durchführung der Landung spanischer Truppen in der Bucht von Alhucemas wird von der französischen Armeeleitung berichtet: Um 10 Uhr morgens begannen die vereinigten französischen und spanischen Kriegsschiffe mit dem Bombardement, unterstützt von zahlreichen Bombenfliegern, bis die feindlichen Batterien zum Schweigen gebracht waren. An der Beschießung nahmen 32 spanische und 18 französische Schiffe teil. Dazu die 32 Kanonen der Inselfestung Alhucemas. Über das Hinterland flogen 70 Flugzeuge, die den Schiffen das Ziel angaben. Das Feuer wurde weiter zurückverlegt, als die Flieger durch Zeichen bekanntgaben, daß die Ausschiffung begonnen hatte. Von den gepanzerten Ausschiffungsbarkassen aus feuerten die Truppen. Dann gewannen sie das Ufer, bis zum Halse im Wasser vorwärtsgehend. Nach einer halben Stunde war die Höhe des ersten Hügels genommen, nachdem die wenigen Marokkaner, die noch Widerstand leisteten, getötet waren.

Nach Meldungen aus Tanger hätten die Spanier bei der Landung große Verluste erlitten. Die Artillerie der Rifleute soll dabei 21 spanische Schiffe versenkt haben, darunter sieben größere Transportschiffe.

Die Deutschsüdtiroler sind Italiener!

Bozen, 6. September 1925.

Paolo Enriques hat's entdeckt. Er schreibt in der Mailänder Ausgabe des „Popolo d'Italia“, daß Italien einen schweren Fehler gemacht habe, als es den Namen Südtirol verbot und statt dessen die Bezeichnung „Oberes Etschland“ (Alto Adige) dekretierte:

„Dieses Tirol, das ein Sinnbild des Deutschtums schien, ist im Gegenteil ein Name und ein Ding uralten italienischen Ursprungs. Haben doch die Römer auf jenem Hügel das „Castellum Terolis“ erbaut, und heute noch ist dort die Spur einer römischen Mauer erhalten; keine Spur aber von Skulpturen oder anderen Werken, denn lange und systematisch beraubten die Habsburger das Schloß aller Denkmale. Der Name selbst jedoch ist nicht römisch, er entstand sieben Jahrhunderte v. Chr., er ist illyrisch und stammt von jenen Illyriern, einem italienischen Volksstamm, auf welchen die Römer stießen, und die sie beherrschten, die am oberen Adriatischen Meere wohnten, wie auch der Name der nördlich davon befindlichen Rätischen Alpen italienisch ist und sich von den Rätern, einem italienischen Volksstamme, herleitet. Etrusker und Illyrier also waren die ersten Bebauer dieses fruchtbaren Bodens; sie gaben den Orten den ersten Namen; die Römer organisierten das Land, sie errichteten dort Feldlager und manche Befestigungen, aber wahrscheinlich vermehrten sie die bereits vorhandene Bevölkerung nicht. Was uns angeht, ist, daß der echt italienische Ursprung des Namens Tirol und der Bevölkerung dieses Landes unbestreitbar ist. Wenn man diesen Namen für das Land beibehalten hätte, hätte dann eine Verwechselung mit dem sogenannten „Nordtirol“ jenseits der Alpen im Inntal (Stadt Innsbruck) entstehen können? Es sollen sich die Deutschen darum bemühen, einen neuen Namen zu ersinnen, der nicht italienisch sei, wenn sie wollen. Oder wollen sie eines ihrer Länder mit einem italienischen Namen bezeichnen? Mögen sie es immerhin tun: das wird nur bedeuten — und es wird weder das erste noch das letzte mal sein — daß dieser Name die Grenzen unseres Vaterlandes überschritten hat.“

„Popolo d'Italia“ schließt diese historischen Ausführungen mit der Forderung: dem Lande Alto Adige seinen „italienischen Namen“ wiederzugeben; Führer von Meran und Bozen herzustellen, welche die Geschichte des Landes richtig wiedergeben; dreißigtausend italienische Bauern nach Tirol zu verpflanzen.

Gibt es einen schlüssigeren Beweis für den italienischen Rechtsanspruch auf Südtirol? Tirol gleich illyrisch, die Illyrier wurden von den Römern unterjocht — also sind die Illyrier Römer. Die Italiener sind die direkten Nachkommen der Römer, die Deutschsüdtiroler, die infolge habsburgischer Tücke „erst“ seit 1140 Deutsche sind, die direkten Nachkommen der Illyrier — also sind die Deutschsüdtiroler Italiener! Nur eins bleibt unverständlich: die italienische Inkonsequenz. Wenn ein Land, das vor vielen Jahrhunderten einmal von den Römern unterjocht wurde, tatsächlich italienisches Land ist, auf welches das heutige Italien Anspruch erhebt — warum fordert das heutige Italien nicht die Annexion Frankreichs (des früheren von Cäsar eroberten Gallien) und ebenso die Annexion Deutschlands zumindest bis zur Elbe, an welchem Strom der direkte Vorfahre Mussolinis, Drusus, genannt Germanicus, die römischen Feldzeichen aufpflanzte? Das heutige Italien darf solchen Anspruch mit genau dem gleichen Recht erheben, wie es ihn auf Deutschsüdtirol geltend macht.

Im übrigen gibt der „Popolo d'Italia“ offen zu, daß im heutigen Südtirol Deutsche wohnen (er sagt 200 000; in Wirklichkeit sind's 260 000). Diese Feststellung von italienischer Seite verdient festgehalten zu werden. Auf sie kommt es an! Deutschsüdtirol ist deutsch; und seit tausend Jahren, seitdem überhaupt das Wort „deutsch“ in das Bewußtsein der Geschichte trat, auch staatlich mit dem übrigen Deutschtum verbunden gewesen. Eine tausendjährige Geschichte läßt sich nicht auslöschen, selbst wenn man „dreißigtausend italienische Bauern“ künstlich nach Südtirol verpflanzt. Die „historischen Ausführungen“ des „Popolo d'Italia“ zeigen, weil sie bis in die graue Vorzeit zurückgehen müssen, um überhaupt einen Anknüpfungspunkt zu finden, das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen: daß Italien in Süditrol nichts zu suchen hat.

Der Bozener „Landsmann“ hat den Artikel des Paolo Enriques abgedruckt — ohne Kommentar (gäbe er einen Kommentar im Südtiroler Sinne, er würde kraft italienischer Polizeigewalt für immer verboten werden). Doch diese kommentarlose Wiedergabe kennzeichnen mehr als tausend Erklärungen die heutige brutale Knechtung des Deutschsüdtiroler Volkstums.

Stimmungsmache für eine polnische Annäherung an Moskau.

OE. Warschau, 9. September. Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Lemberger Ostmesse, an der in diesem Jahr 18 größere sowjetrussische Wirtschaftsorganisationen teilnehmen, bringt der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ einen Appell an die polnische Öffentlichkeit, ihre bisherige Einstellung gegenüber dem Sowjetbunde gründlich zu revidieren. Eine Annäherung an Sowjetrußland sei einmal aus wirtschaftlichen Gründen geboten, denn der russische „trockene Ozean“ biete den natürlichen Absatzmarkt für die polnische Industrie und unbegrenzte Möglichkeiten für den polnischen Handel. Vor allem aber seien es politische Erwägungen, die im Gegensatz zu den in Eropa wieder aufkommenden Interventionsstimmungen die Freundschaft mit dem heutigen Rußland zu einer Forderung der polnischen Staatsraison machten. Nur neben einem Rußland, wie es heute ist, bzw. aus einer organischen Weiterentwickelung hervorgehen werde, könne sich Polen in seinen heutigen Grenzen erhalten. Jedes andere Rußland, monarchistisch oder demokratisch-parlamentarisch, werde seine erste Aufgabe in einer Revision des Rigaer Vertrages erblicken und eine neue Teilung Polens vom Osten her einleiten. Der russische Rätestaat dagegen sei für Polen der geeignetste Nachbar, denn er bedeute „ein pazifistisches und antiimperialistisches Rußland“. Das Streben nach einer Art Entente cordiale mit dem Sowjetbunde müsse zum führenden Leitsatz der polnischen Politik werden, um eine Rückendeckung gegen Deutschland zu erzielen.

Diese Auslassungen stammen von dem in letzter Zeit viel genannten Journalisten Nowaczynski, der bei der Annäherung Polens an die Tschechei erfolgreich mitwirkte, mit seinen Anbiederungsversuchen in Litauen aber um so erfolgloser war. Nunmehr scheint er die Annäherung an Moskau zu seiner Aufgabe gemacht zu haben, es bleibt aber doch noch abzuwarten und auch zu bezweifeln, ob die Mehrheit der nationaldemokratischen Partei Polens für diese Vorschläge zu haben sein wird.

Sowjetregierung und Zarenmord.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die „Nationaltidende“ weiß zu berichten, daß die Sowjetregierung in allen von dem Staatsverlag herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften eine offizielle Erklärung über die Ermordung der Zarenfamilie hat veröffentlichen lassen. Die Erklärung selbst enthält nichts, was nicht bereits vorher bekannt gewesen wäre. Motiviert wird die Tat damit, daß die Ausrottung der Zarenfamilie notwendig geworden sei, weil der Rat des Uralgebietes die Nachricht erhalten hatte, daß von gegenrevolutionärer Seite ein Versuch zur Befreiung des Zaren gemacht werden sollte. Das einzige Interessante an der Erklärung ist, daß die Ermordung der Zarenfamilie bereits zwei Wochen vor Begehung der Tat beschlossen wurde und demnach wohlüberlegt war, was von den Bolschewisten bisher ständig abgestritten wurde.

Deutsches Reich.

Einstellung des Rothardt-Prozesses.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Magdeburg ist auf Grund der Amnestie das Verfahren gegen den Redakteur der in Staßfurt erscheinenden völkischen Zeitung „Mitteldeutsche Presse“, Rothardt, der wegen Beleidigung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, eingestellt. Das Urteil war noch nicht rechtskräftig, da Berufung eingelegt worden war.

Aus anderen Ländern.

Eine neue Abrüstungskonferenz?

Nach einer Meldung aus Swampscott hat Präsident Coolidge die Absicht, eine zweite Abrüstungskonferenz einzuberufen, sobald die Umstände es gestatten. Der Präsident widersetzt sich auch nicht der von Painlevé ausgesprochenen Ansicht, daß die Initiative vom Völkerbund ausgehen solle. Jede Konferenz, die zu praktischen Ergebnissen führe, sei Coolidge recht. Die Wahl des Konferenzortes sei eine Frage zweiter Ordnung.

Vorläufig keine Aufhebung der Finanzkontrolle in Österreich.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes beendigte seine Beratungen über die Aufhebung der Finanzkontrolle in Österreich. Ein endgültiger Beschluß ist nicht gefaßt und auf die Dezember-Tagung verschoben worden. Man darf in diesem Ergebnis eine Niederlage der österreichischen Regierung erblicken, die trotz ihrer franzosenfreundlichen Haltung in Genf einen Abbau nicht erreicht hat.

Minderheitenkonferenz in Lausanne.

Ende dieser Woche wird eine Konferenz aller völkischen Minderheiten in Staaten fremder Nation in Lausanne zusammentreten.

Tschechische Flieger in Berlin.

Tschechische Militärflieger hatten auf ihrer Fahrt nach Kopenhagen in Berlin einen Aufenthalt von etwa zwei Stunden, den sie zu einer Besichtigung des Zentralflughafens benutzten. Das Berliner Auswärtige Amt hat geglaubt, den Tschechen die Landungserlaubnis trotz den tschechischen Übergriffen gegen die deutschen Minderheiten erteilen zu müssen, nachdem man den Dänen bei ihrem Fluge nach Prag dasselbe Verlangen erfüllt hatte.

Wieviel verbleibt der Familie Stinnes?

Von gutunterrichteter Seite hört die „Danz. Ztg.“, daß der Familie Stinnes nach der Liquidation des Konzerns etwa annähernd so viel übrig bleiben wird, wie Hugo Stinnes seinerzeit vor dem Kriege besaß. Damals wurde auf Grund der Steuerermittelungen sein Vermögen auf 25 Millionen Mark beziffert. Wie hoch es bis zu seinem Tode angelaufen war, konnte nicht genau festgestellt werden, aber bei vorsichtiger Bewertung kann man die Aktiven der Hinterlassenschaft auf mindestens 300 Millionen Mark schätzen. Diesen Aktiven standen Passiven in Höhe von 40 Millionen gegenüber. Diese 40 Millionen haben Hugo Stinnes sen. stark beunruhigt. Noch wenige Wochen vor seinem Tode hat er seine Frau und seine Kinder immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß diese Schulden schnellstens abgedeckt werden müßten. Die Erben haben sich diesen Rat aber nicht zu Herzen genommen, sondern zu den 40 Millionen Passiven, die Hugo Stinnes sen. hinterließ, borgten sie noch weitere 140 Millionen hinzu. Außerdem hatten sie bereits einen erheblichen Teil der Aktiven, namentlich ausländische Besitzungen, abgestoßen, so daß man wohl annehmen kann, daß die Erben von Hugo Stinnes in dem Jahr nach seinem Tode rund 200 Millionen verwirtschaftet haben, so daß ihnen nunmehr etwa 20 Millionen verbleiben.

Diese 20 Millionen Mark, die Frau Stinnes auf ihre sechs Kinder — der älteste Sohn ist allerdings schon abgefunden — verteilen muß — werden aber nicht der einzige Besitz der Familie Stinnes sein, wie jetzt festgestellt ist. Frau Stinnes besitzt nämlich in Schweden zehn Güter, deren Wert von der schwedischen Steuerbehörde auf 1½ Millionen Kronen beziffert wird. Mit Sicherheit ist nun aber anzunehmen, daß auch noch in anderen Ländern, in denen Hugo Stinnes sen. während der Inflationszeit Ankäufe machte, Besitztümer vorhanden sein werden, so daß also trotz der Liquidation der Familie Hugo Stinnes genau so viel verbleibt, wie Stinnes vor dem Kriege besessen hat.

Aus Stadt und Land.

* **Rogasen** (Rogozno), 8. September. Einen Festtag konnte die evangelische Kirchengemeinde am Sonntag feiern: die Weihe der Kirchenglocken, die an Stelle der während des Weltkrieges abgegebenen angeschafft worden waren. Pastor Haß weihte die Glocken. Die Festpredigt hielt Geheimrat Haenisch aus Posen. Besonders verschönt wurde die Feier durch zwei in trefflicher Weise vorgetragene Chöre. — Am Donnerstag in der neunten Stunde brannte auf freiem Felde die mit Erntevorräten gefüllte Scheune von Wojciechowski nieder. — Der Jahrmarkt am Freitag wies genügenden Auftrieb an Pferden auf, doch war der Umsatz gering, Rindvieh fehlte wegen der Maul- und Klauenseuche.

*

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Tilsit**, 9. September. In dem Altersheim des Armenhauses wurden vier Insassen eines Schlafraumes infolge von Gasvergiftung tot aufgefunden. Das Gas war in einem Zimmer unter dem Schlafraum ausgeströmt und durch einen Luftabzug in das Zimmer gelangt, in dem vier Männer schliefen. Vier Frauen, die in dem unteren Raume schliefen, sind mit dem Leben davongekommen; nur eine Frau ist erkrankt.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 9. September. Über eine verwegene „Dollarjagd“ im Auto wird berichtet: Der hiesige Einwohner Adolf B. lernte gestern abend im Café „Lobzowianka“ eine junge Dame kennen. Im Laufe der Unterhaltung zeigte der junge Mann der Dame ein größeres Päckchen Dollars. Letztere ergriff jedoch plötzlich das Dollarpäckchen und flüchtete sodann, wobei sie zwei Stühle umriß. Auf der Straße sprang die Ausreißerin in eine Autodroschke. Das gleiche tat auch der junge Mann, und nun begann allen Verkehrsvorschriften zum Trotz eine wilde Jagd durch die Straßen der Hauptstadt. In der Nähe des Eisenbahnviadukts an der Wolskastraße war jedoch die Straße versperrt, und das Auto des Verfolgers holte dasjenige der diebischen Dame ein. Beide Autos nebst Insassen wurden von der Polizei nach dem nächsten Revier gebracht. Die diebische erst achtzehnjährige junge „Dame“ heißt Fr. Szymczak und ist in Warschau nirgends polizeilich gemeldet. Die Dollars wurden dem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben. — Vorgestern erhielt die Polizei die Nachricht, daß auf der Chaussee von Wola ein Individuum, das mit einem langen Messer bewaffnet sei, die Vorübergehenden belästige. Der Oberpolizist fand dort den bereits dreißigmal wegen Messerstechereien vorbestraften Theodor Sobieski vor, der wie rasend um sich schlug. Als sich der Polizist dem S. näherte, schlug ihm der Mann mit einem Schlagring in das Gesicht. Nur mit größter Mühe gelang es drei Polizisten, den wie rasend um sich Schlagenden zu fassen. Nach dem Polizeikommissariat gebracht, ergriff er einen Stuhl und demolierte die Bureaueinrichtung. Inzwischen hatten sich einige Kollegen des S. vor dem Lokal des Kommissariats versammelt, um S. zu befreien. Der das Polizeigebäude umfassende Zaun wurde umgeworfen, die Fensterscheiben eingeschlagen. Mit der Waffe in der Hand gelang es der Polizei, die Menge zu vertreiben. S. wurde die Zwangsjacke über den Körper gezogen, wobei er einige Polizisten biß. Er wurde in das Gefängnis eingeliefert.

Pommerellen.

Die Tagung des pommerellischen Städteverbandes

in Neustadt (Wejherowo) beschäftigte sich mit mehreren wichtigen Kommunalpolitischen Fragen. Es waren fast alle Bürgermeister des Städteverbandes Pommerellen vertreten. Während der Debatten gab Abteilungschef Peszkowski eingehendere Erklärungen über das Verhältnis der Regierung zum Kommunalbeamtengesetz ab. Eine Verfügung des Staatspräsidenten legt den Städten eine Reihe von Verpflichtungen in der Frage qualifizierter Kommunalbeamter auf. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Selbstverwaltung nach dem Verhältnis des Staates zu den Staatsbeamten organisiert werden müsse. In der Frage einer Abgrenzung der Kompetenzen der Starosten und Bürgermeister in der Frage der Vertretung von Städten nach außen beschloß man, sich an die Wojewodschaft mit der Bitte um Ordnung und Regelung dieser Frage zu wenden. Der Bürgermeister von Culm, Zawadzki, berührte die Frage des Verhältnisses der Staatspolizei zu den Bürgermeistern. Stadtpräsident Wlodek teilte mit, daß die Polizei gegenwärtig mit Abfgaben überlastet sei, die mit der öffentlichen Sicherheit nichts zu tun hätten. Die Kommunalverwaltung müßte einen Teil dieser Aufgaben übernehmen. Abteilungschef Peszkowski gab die Erklärung ab, daß im Falle der Nichterfüllung der Forderungen eines Bürgermeisters durch die Polizei bei den maßgebenden Faktoren interveniert werden müßte, weil die Polizei dazu verpflichtet ist, die Forderungen kommunaler Behörden, wenn sie legal sind, auszuführen. Der Bürgermeister von Neustadt, Kruczynski, schlug die Schaffung eines Zweckverbandes pommerellischer Städte nach dem Muster des Zweckverbandes der Kreise vor, um auf diese Weise leichter Kredite für die Städte von Pommerellen zu erlangen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen. die Frage des Zweckverbandes erst auf der nächsten Sitzung zu behandeln. Kritisiert wurde die Haltung der Kommunalbank in Posen zur Frage der Kredite für die Städte Pommerellens. Eine eingehende Debatte veranlaßte die Erörterung des Gesetzes über den Ausbau der Städte. Der Bürgermeistertag erklärte sich schließlich für eine engere Zusammenarbeit mit der Presse und richtete an diese die Bitte, den Problemen der Selbstverwaltung und Kommunalfragen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

11. September.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Das Weichselwasser** fällt weiter. Mittwoch gegen Abend sah man unterhalb der Kriegsbrückenreste wieder einige größere Fahrzeuge. *

e. **Preissenkung für Weißbrot.** Seit Mittwoch ist eine Senkung des Weißbrotpreises eingetreten. Während man bis dahin für das Brötchen 4 gr zahlte, kostet es jetzt nur noch 3 gr. Es wäre das eine Preissenkung um 25 Prozent. Da der Weizenpreis aber um fast 50 Prozent gefallen ist, so kann man die Herabsetzung um 25 Prozent nicht als ausreichend ansehen. Allerdings sagen die Bäcker, daß durch den starken Obstkonsum der Brot- und Kuchenverbrauch außerordentlich zurückgegangen sei. Die Geschäftsunkosten seien für die verminderte Produktion also gestiegen. *

f. **Bevorstehende Glockenweihe.** Die hiesige evangelische Kirchengemeinde mußte, wie so viele, im Weltkriege die Glocken, bis auf eine, für Heereszwecke abliefern. Schon vor einiger Zeit wurde von den Gemeindekörperschaften beschlossen, ein neues Geläut zu beschaffen. Da die Gemeinde mit Kirchensteuern aber hoch belastet ist, auch eine Anzahl Gemeindemitglieder bei der Zahlung hartnäckig „streikt", sollten die Glocken aus freiwilligen Gaben beschafft werden. Trotz der Geldknappheit und wirtschaftlich schweren Zeit flossen diese reichlich. Ein Handwerksmeister zahlte allein an tausend Złoty. Es konnte das Geläut bei der Glockengießerei Apolda, von der auch das frühere Geläut geliefert worden war, in Bestellung gegeben werden. Die noch vorhandene Glocke ist an die ev. Kirchengemeinde Pempersin, Filialgemeinde der Kirchengemeinde Vandsburg im Kreise Zempelburg, verkauft worden und soll nach Eintreffen des neuen Geläutes zur Ablieferung kommen. Es ist nun die Nachricht eingetroffen, daß die neuen Glocken von der Gießerei fertiggestellt und abgeschickt worden sind. Auf Antrag des Gemeindekirchenrates bei der zuständigen Behörde ist die zollfreie Einfuhr der Glocken bewilligt worden. Auf Beschluß des Gemeindekirchenrates soll das Hinaufbringen der Glocken auf den Turm und Aufmontieren hiesigen Handwerksmeistern übertragen werden. Die Kirchengemeinde wird also in nächster Zeit das Fest der Glockenweihe begehen können. *

d. **Beleuchtet die Hausflure!** Eine Polizeiverordnung schreibt die Beleuchtung von Fluren und Treppen in Miethäusern vor. Wo die Beleuchtung nicht erfolgt, muß die Haustür bei Eintritt der Dunkelheit geschlossen werden. Man trifft jetzt aber recht häufig mitten in der Stadt Miethäuser, die bis spät in die Nacht ohne Flurbeleuchtung offen bleiben. Treppen mit Vorstufen machen den Aufstieg vielfach noch besonders gefährlich. Die Hausbesitzer können nicht nur mit Polizeistrafen belegt werden, sondern auch bei vorkommenden Unfällen schadenersatzpflichtig gemacht werden. *

* **Leichenfund.** Vor einigen Tagen wurde aus der Weichsel die Leiche eines nur mit Badeanzug bekleideten Mannes gelandet. Wie jetzt festgestellt worden ist, handelt es sich um den Veteran Jan Chelminski aus Culm. *

* **Selbstmordversuch.** Mittwoch abend fanden Bewohner des Hauses Kwiatowa (Blumenstraße) 23 im Treppenhause ein in schrecklichen Konvulsionen sich windendes junges Mädchen. Wie sich herausstellte, hatte dieses, Jadwiga J., in selbstmörderischer Absicht Lysol getrunken. Man brachte die Unglückliche ins städtische Krankenhaus. Ihr Befinden gibt gegenwärtig zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß. Die Ursache des verzweifelten Schrittes der J. ist unbekannt. *

Thorn (Toruń).

—dt. **Eine deutsche Wählerversammlung** wurde am Mittwoch im Deutschen Heim abgehalten. Es wurde endgültig die Kandidatenliste aufgestellt, und zwar mit insgesamt 15 Kandidaten. Spitzenkandidaten sind die bisherigen deutschen Stadtverordneten: Mallon, Dr. Wolpe, Hentschel und Döhn. Im übrigen wurde keine wesentliche Änderung der Kandidatenliste vorgenommen, die auf der vorhergehenden Versammlung aufgestellt worden war. **

—* **Eine böse Statistik.** Wie eine Statistik der Krankenkasse nachweist, wurden im letzten Halbjahr insgesamt 736 Kassenpatienten in das städtische Krankenhaus aufgenommen; hiervon nicht weniger als 251 Geschlechtskranke! **

—dt. **„Eine Schlafzimmereinrichtung umsonst!"** Mit obiger Reklame wurde hier ein eigenartiges Unternehmen gegründet. Die Firma versendet diese Reklameschriften und fordert zur Einsendung von 4 zł auf — wofür man später eine Schlafzimmereinrichtung erhält, oder sich nach Wunsch Gegenstände selber aussuchen kann. Aber so leicht ist dieses denn doch nicht. Nach Einsendung von 4 zł erhält man vier Quittungen auf weißem Papier über je 1 zł, und diese vier Quittungen muß man in vierzehn Tagen an Bekannte weiter verkaufen, so daß man sein Geld wiedererhält. Jeder Käufer dieser Quittungen muß diese mit 3 zł an die Firma einsenden und erhält hierfür vier Quittungen, diesmal rote. Damit wären schon 16 solcher roter Quittungen im Umlauf — und die glücklichen Besitzer derselben müssen das Experiment ihrer Bekannten nachmachen, d. h. sie wieder an Bekannte verkaufen und diese müssen sie alsdann mit je 3 zł wieder an die Firma einsenden. Hierauf gibt es gelbe Quittungen, braune. grüne usw. Wenn dann ein Umsatzkapital von mehreren Tausend zł im Umlauf ist, erhält der erste dieser „Glücklichen" eine Einrichtung von ca. 575 zł Wert. Diese Art von „Möbel-Lotterie" steht denn doch schon nahe an der Grenze des unlauteren Wettbewerbes. **

er. **Culm** (Chełmno), 9. September. Auf dem Mittwochswochenmarkt waren bei reichlicher Zufuhr folgende Preise zu verzeichnen: Butter 2—2,40, Eier 1,60—1,80, Kartoffeln 2,50—3, Aale 1—1,50, Schleie 1—1,20, Hechte 1,20 bis 1,50, Plötze 40—50, Paar Tauben 1,20—1,50, junge Hühner 1,20—2, alte 2—3,50, Enten 2—3, Rebhühner Stück 1. Fleischpreise unverändert. — In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden zum 50jährigen Jubiläum einer Lehranstalt in Thorn 100 zł bewilligt. Außerdem wurde der jährliche Beitrag für Lehrzwecke in den Danziger polnischen Schulen von 60 auf 200 zł erhöht. Auf den von der Stadt angekauften, am Markt belegenen Grundstücken Nr. 34 und 35, deren Gebäude im Jahre 1920 abbrannten, soll ein Neubau mit zwei Läden errichtet werden. Die Versammlung stimmte der Übertragung des Baues an den Maurermeister Bredefeldt von hier zu. — Der Kreistag hat beschlossen, die Stadt zu den Wegebaukosten des Kreises mit 60 000 zł heranzuziehen. Die Versammlung lehnte diese Summe ab und wies die Vorlage an den Magistrat zur weiteren Veranlassung zurück.

* **Culmsee** (Chełmża), 9. September. Wie kürzlich berichtet, erhielt unlängst ein Stadtverordneter hier ein Telegramm mit der alarmierenden Mitteilung, daß der Bürgermeister Kurzetkowski in Danzig ermordet und beraubt worden sei. Nachricht und Telegramm erwiesen sich als falsch. Der damals in Wiesbaden zur Kur weilende Bürgermeister ist inzwischen wohlbehalten nach Culmsee zurückgekehrt. Das gefälschte Telegramm hatte damals die Polizei beschlagnahmt. Nunmehr ist es, wie dem „Sł. Pom." geschrieben wird, gelungen, den Urheber dieses groben „Scherzes" in der Person eines aus Culmsee ausgewiesenen Schweizer Staatsangehörigen festzustellen, der sich angeblich in Danzig aufhalten soll. Es wird vermutet, daß dieser den Unfug aus Rache verübt habe, weil er dem Bürgermeister seine Ausweisung zuschrieb.

h. **Górzno**, 10. September. Die Stadtverordnetenwahlen finden hier am Sonntag, 4. Oktober, von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Schulgebäude statt. — Die ständigen Niederschläge werden insbesondere von der Landwirtschaft schon unangenehm empfunden; denn die Saatzeit ist herangerückt und alle Pflugarbeiten konnten infolge der Regenfälle noch nicht ausgeführt werden. Auch auf leichten Böden muß mit dem Einstreuen des Saatgutes bis auf eine günstige Witterung gewartet werden. Wie man hört, sollen auf strengen Böden die Kartoffeln bereits unter der Nässe leiden, und auch die sandigen Böden werden geringere Erträge liefern, da dort größtenteils die Kartoffeln infolge der vorhergegangenen Dürre vorzeitig vertrocknet sind.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 9. September. Der heutige Wochenmarkt brachte trotz des anhaltenden Regens reichliches Angebot. Das Schweinefleisch ist um 10 gr billiger geworden, Rindfleisch von 80 auf 90 gr gestiegen. Kartoffeln 3 zł der Zentner. Liter Steinpilze 30—40, Pfefferlinge 30, Preißelbeeren 70—90. Die Zentrala Rolnicza kauft Roggen mit 8,50—9, verkauft mit 10—12. Gerste kostet 12 Ein-, 14 bis 15 Verkauf, Hafer 9,50—10,50, Serradella 24 der Zentner. — Herr Max Busse verkaufte sein in der ul. Sobieskiego gelegenes Geschäftsgrundstück für 20 500 zł an die „Gazeta Kaszubska".

—* **Podgórz** (bei Thorn), 10. September. Die Stadtverordnetenwahlen finden hier erst am 18. Oktober statt. Gewählt werden 18 Stadtverordnete. In der Zeit vom 10. bis 17. September von 9—3 Uhr liegen die Wählerlisten beim Magistrat zur allgemeinen Einsicht aus.

h. **Strasburg** (Brodnica), 10. September. Vier Zentner geschmuggelter Tabak, Danziger Herkunft, wurde im hiesigen Kreise beschlagnahmt. Schon seit längerer Zeit merkte man, daß Tabakschmuggler im südlichen Pommerellen und im ehemals russischen Teilgebiet ihr Unwesen trieben. Sie hatten Tabak auf Kähne geladen und oben darauf Fische gelegt, um hierdurch die Grenzwachen hinters Licht zu führen. Die beladenen Kähne wurden dann bis Dobrzyn (gegenüber Gollub an der Drewenz gelegen) geleitet und hier wurde die Schmugglerware in derselben Weise auf Fuhrwerke verstaut. In den letzten Tagen veranstaltete nun die „fliegende Brigade" des Dirschauer Steueramtes im Verein mit mehreren Polizeimannschaften eine Streife im Wrotzker Walde im hiesigen Kreise, und es gelang ihnen, einen gewissen Chil Moskowicz aus Dobrzyn und seinen Mithelfer Sztyper, die auf einem Fuhrwerk 200 Kilogramm Tabakware mit sich führten, festzunehmen. Die Schmugglerware war für einen in Warschau wohnenden Jakob Moskowicz bestimmt, der den Tabak an geheime Zigarettenfabriken nach Warschau, Lodz und anderen Städten Kongreßpolens weiterlieferte. Der beschlagnahmte Tabak, das Fuhrwerk und die Schmuggler wurden nach Strasburg gebracht. — Auf dem letzten Wochenmarkt war der Eierpreis gestiegen; die Mandel stellte sich auf 1,70. Butter kostete 1,90—2, Tomaten 70, Kartoffeln 2 zł. Auch die Geflügelpreise sind in die Höhe gegangen. Man zahlte für Gänse 7, Enten 2—3, junge Hühner 1,10. — Für Getreide notierte man: Weizen 10,50, Roggen 8, Gerste 8, Hafer 7,50. Das Paar Absatzferkel kostete 40 zł.

et. **Tuchel** (Tuchola), 10. September. Bei der Wahlkommission zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen sind nicht weniger als fünf Kandidatenlisten eingegangen, ein bißchen viel für Tucheler Verhältnisse. Und schon betrachten viele Wähler die kommenden Wahlen von der humoristischen Seite, denn 18 Stadtverordnete sollen gewählt werden und 70 Herren haben sich aufstellen lassen. Der einen bürgerlichen Liste — Liste Nr. 1 — haben sich die Minderheiten angeschlossen; vier Deutsche sind auf dieser Liste verzeichnet. Liste Nr. 2 ist diejenige der Beamten. Weitere Listen sind die der Kaufleute und Handwerker, Arbeiterpartei und zweite bürgerliche Partei. Die beiden bürgerlichen Parteien, Liste 1 und 5, sowie die Arbeiterpartei, Liste Nr. 4, haben die meiste Aussicht auf Erfolg. — Nachdem von besonderen Kommissionen der betreffenden Länder vor längerer Zeit die Leichen der im ehemaligen hiesigen Kriegsgefangenenlager verstorbenen und auf dem hiesigen Kriegsgefangenenfriedhof beerdigten Franzosen und Amerikaner gehoben und in ihre Heimat geschafft worden sind, weilte hier jetzt eine englische Kommission, die die Überreste der hier im Gefangenenlager gleichfalls verstorbenen zwei englischen Soldaten ausheben ließ. Die Särge wurden nach Posen übergeführt, wo die Beisetzung auf einem Ehrenfriedhof erfolgen soll.

Kleine Rundschau.

* **Das merkwürdige Butterbrot.** Eine der hübschesten unter den zahlreichen Anekdoten von zerstreuten Professoren ist wohl die folgende Geschichte, die in einer schwedischen Universitätsstadt vorgekommen sein soll: Bei einer größeren Festlichkeit gab es, wie üblich, zuerst als Vorgericht den Butterbrot-Tisch, der mit allen möglichen Delikatessen, Butter und Brot versehen ist. Der zerstreute Professor nahm sich einiges, vergaß aber das Brot, strich sich sehr sorgfältig die Butter auf die flache Hand und belegte sie mit allerlei guten Sachen. Gerade wollte er dieses „Butterbrot" in den Mund stecken und lief so Gefahr, sich einen Finger abzubeißen, als ein jüngerer Kollege den Professor darauf aufmerksam machte, daß er ein Butterbrot ohne passende Unterlage hätte. Der Professor, sehr erfreut über die Aufmerksamkeit des anderen, aber immer noch in Gedanken, besah die Hand mit dem merkwürdigen Butterbrot, und mit den Worten: „Ich danke Ihnen sehr, lieber Kollege!" klopfte er ihm damit auf die Schulter des tadellosen Fracks.

* **Guter Grund.** Wie konnten Sie so gemein sein, dem Arzt die Uhr zu stehlen, als er Ihnen etwas verschrieb?" fragte der Richter. „Ich befand mich in einer Notlage," erwiderte der Angeklagte. „Auf dem Rezept stand: „Jede Stunde ein Eßlöffel" und ich hatte keine Uhr."

Agrarreform und Entschädigung.

Von einem Landwirt.

Der spezielle Gedanke der Agrarreform ist ebenso alt wie das Menschengeschlecht. Über seine innere Berechtigung im allgemeinen ist nicht zu streiten. Aber sozial und politisch töricht ist es, diesen Gedanken rein schematisch und in extremster Form durchzuführen. Die Grundbesitzverteilung eines Landes ist kein willkürlicher Machterfolg einer gewissen Bevölkerungsklasse, sondern ein Produkt der natürlichen wirtschaftlichen und klimatischen Verhältnisse, welche im Laufe der Zeit aus praktischen Notwendigkeiten heraus die betr. Grundbesitzverteilung als die wirtschaftlich geeignetste Produktionsform hervorgebracht haben. So hat sich in Frankreich, Belgien, Holland und den westlichen Provinzen Deutschlands der Kleinbesitz als rentabelste Produktionsform durchgesetzt, auch z. B. in der Schweiz, in Süddeutschland und in Dänemark. Dagegen nimmt nach Osten hin der Großbesitz zu, weil die Produktionsverhältnisse, vor allem das Klima, mit zunehmender Verkürzung der Vegetationsperiode für den Kleinbetrieb ungünstiger werden. In Pommerellen und Ostpreußen hat der Ritterorden meist auch mit bäuerlicher Siedlung begonnen. Im Laufe der Jahrhunderte drängten aber die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Bildung von größeren Betrieben unter Aufsaugung der kleinen. Nur in Gegenden mit besonders gutem Boden und günstiger klimatischer Lage, wie in Ermland und in den Weichselniederungen hat sich der Klein- und Mittelbesitz erhalten und ist in dieser volkswirtschaftlich berechtigten Position auch niemals vom Großbesitz angegriffen worden. Auch in Sowjetrußland wird die durch den Bolschewismus vorgenommene Zerschlagung der Großbetriebe nicht von Dauer sein, denn auch dort werden die natürlichen Verhältnisse die Neubildung der wirtschaftlich berechtigten Großbetriebsform wieder herbeiführen. Mögen unsere Siedlungsfanatiker sich gesagt sein lassen, daß ihr beliebter Vergleich mit Frankreich, Dänemark usw auf einer verhängnisvollen Gedankenlosigkeit beruht. Was in der klimatischen und wirtschaftlichen Lage Frankreichs und Dänemarks am Platze ist, läßt sich noch lange nicht auf die ganz anders gearteten Verhältnisse Polens übertragen. Und wenn jetzt wirklich das Agrarreformgesetz zur Zerschlagung der Großbetriebe führt, dann werden die Kindeskinder es erleben, daß sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte doch wieder Großbetriebe herausbilden werden. Nur die Personen werden gewechselt haben, das Gesetz natürlicher Entwickelung dagegen bleibt unverrückbar bestehen, allen menschlichen Eingriffen zum Trotz.

Der Art. 1 des Agrarreformgesetzentwurfs beginnt mit dem vielversprechenden Satz:

„Der landwirtschaftliche Organismus des polnischen Staates wird sich stützen auf kräftige, gesunde und zu einer ausgiebigen Produktion fähige Landwirtschaft verschiedener Typs und verschiedener Größen, die das Privateigentum ihrer Besitzer bilden."

Dieser Artikel 1 ist ausgezeichnet und man kann ihn Wort für Wort unterschreiben. Aber leider folgen dann die übrigen 92 Artikel, welche sowohl einzeln, wie auch in ihrem Zusammenhang verfassungsmäßig, sozial und wirtschaftlich unmöglich sind und dem Gesetz den untrüglichen Stempel eines linksradikalen und gleichzeitig nationalpolitischen Ausnahmegesetzes aufdrücken. Der Großgrundbesitz soll zerschlagen werden, nicht um sozial- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten gerecht zu werden, sondern sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten werden vorgeschützt, um den Großgrundbesitz zerschlagen zu können. Der Beweis dafür ist leicht. Die für die Restgüter vorgesehene Größe von 60 Hektar in der Nähe von Industrie- und Vorstadtbezirken, 180 Hektar auf dem platten Lande und 300 Hektar in einigen östlichen Woiewodschaften, ist in den meisten Gegenden eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Muß ein Gut in der Nähe einer Industriestadt unter allen Umständen stärker verkleinert werden, als ein entfernteres? Im Gegenteil, die Kleinsiedlungen im städtischen Bereich erfordern im einzelnen viel weniger Land und die Produktion des Großbetriebes an Milch, Butter, Getreide, Kartoffeln und Gemüsen versorgt die Stadtbevölkerung wesentlich wirksamer, als der Marktkorb des kleinen Bauern. Also warum? Und was das glatte Land betrifft, so genügen 180 Hektar in Kujawien, der Weichselniederung und ähnlichen durch die Bodenverhältnisse bevorzugten Gebieten allenfalls. Aber in Kreisen mit leichtem Boden, erheblicher Meereshöhe und ungünstigem Klima sind 180 Hektar zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel, sind weder Groß- noch Kleinbetrieb, sondern eine zum fruchtlosen Vegetieren verurteilte Mißgestalt. Das gleiche gilt dort, wo ungünstige Kommunikationsverhältnisse und ähnliche Merkmale minderer Kultivierung die Produktionsverhältnisse verschlechtern. Womit will man z. B. in den weitläufigen extensiv bewirtschafteten Ostgebieten die Begrenzung auf 300 Hektar begründen und was hat es mit Siedlung und Agrarreform zu tun, wenn überdies verlangt wird, daß die Vorfahren des betr. Besitzers dort schon seit 1795 gewirtschaftet haben sollen? Kommentar überflüssig! Hier haben eben die linksradikalen Parzellierungsfanatiker den Nationalisten der Rechten ein Stückchen Zuckerbrot gereicht; aber dies Zuckerbrot wird dem Freunde wenig nützen, denn auf 300 Hektar ist er in den Ostgebieten ohnehin zum Hungertode verurteilt und mögen seine Vorfahren auch seit Adam und Eva dort auf ihren Gütern gesessen haben.

Darum also fort mit dem unseligen Schematismus.

Man lasse es schließlich bei einer Mindestgrenze, aber man schere nicht das wirtschaftlich unendlich verschieden konstruierte Staatsgebiet der Republik über drei grobe Kämme, einen großen, einen kleinen und einen ganz kleinen, sondern man gebe sich die Mühe, die wirtschaftlichen Erfordernisse der einzelnen Gebiete zu erforschen und setze danach vernünftig Mindestgrößen fest. Auch das Vermögenssteuergesetz teilte das Staatsgebiet in verschiedene Wirtschaftsbezirke, wenn auch noch recht summarisch. Aber dieser Weg an sich ist gangbar, und ihn einzuschlagen, ist nur Sache des guten Willens. Freilich — durchpeitschen kann man ein solches Gesetz dann nicht, sondern dann ist Zeit und ernste, strebsame Arbeit nötig und liebgewordene Parteidoktrinen und Schlagworte müssen eine Weile in die Schublade wandern, wo sie nebenbei gesagt, auch weitaus am besten aufgehoben sind.

Eine Ausnahme hinsichtlich der Mindestgröße ist vorgesehen insofern, als Wirtschaften, welche sich durch intensive Produktion auszeichnen oder einen hoch industriellen Typ bilden, Zuschlagsflächen erhalten können. Aber erstens darf die Gesamtheit dieser Zuschlagsflächen im gesamten Staatsgebiet 550 000 Hektar nicht überschreiten (woher haben die Neunmalweisen diese Zahl?), und zweitens entscheidet darüber nach freiem Ermessen der Bodenreformminister mit dem Landwirtschaftsminister und mangels Einigung beider der Ministerrat. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung ist nicht gegeben. Wie wird sich die Sache also in der Praxis abspielen? Die betroffenen Besitzer werden ihren Antrag auf Erteilung von Zuschlagsflächen stellen. Die Agrarbehörden werden sich dazu äußern, und da sie sich in der Eile unmöglich eine eigene Kenntnis der Sachlage verschaffen können, so werden sie sich einerseits stützen müssen auf die Auskünfte der Verwaltungsbehörden, also auf

Material mit politischem Einschlag,

andererseits auf die Gutachten örtlicher Sachverständiger, deren Sachkunst und objektives Urteil in den meisten Fällen sehr zu bezweifeln sein wird. Der Besitzer selbst wird nicht gefragt, und wenn er zufällig zu der nationalen Minderheit gehört, dann kann er ziemlich sicher sein, daß sich das Verfahren unter der Maxime „in dubio contra reum" abspielen wird. In dieser Form gelangt das Material dann an die Ministerialinstanz, welche nicht auf Grund eigener Kenntnis, sondern nur auf Grund der Akten entscheiden kann und überdies unter Druck der linksradikalen Sejmparteien steht.

Man breche also mit diesem diskretionären Entscheidungsrecht der Ministerialinstanz, welches sich im Grunde doch nur auf ein vorausgegangenes Prüfungsverfahren stützt. Man mache vielmehr dieses Prüfungsverfahren zu einem gesetzlichen Erfordernis, man binde es an bestimmte Vorschriften und an die Mitwirkung von Sachverständigenkommissionen, welche aus Kreisen wirklich sachkundiger Personen unparteiisch ausgewählt werden und in denen auch die unter die Enteignung fallenden Besitzer paritätisch vertreten sind. Man schaffe auf diese Weise eine Gewähr für die Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte und für die alleinige Berücksichtigung der wirtschaftlichen Umstände. Und dann verstatte man dem Betroffenen der Verfassung entsprechend den Rechtsweg, den ihm eigentlich kein Gesetz nehmen kann, und wenn man dadurch Verschleppung befürchtet, so kann ja den Gerichten ein beschleunigtes Verfahren zur Pflicht gemacht werden. Nur unter diesen Voraussetzungen besteht eine Gewähr, daß wirtschaftlich hochstehende Betriebe, Brennereiwirtschaften, Rentengüter, Saatzuchten, Stutbuch- und Herdbuchwirtschaften, Stammschäfereien usw. in wünschenswerter Zahl und Größe erhalten bleiben. Anders dagegen bleibt die Bestimmung über die Zuschlagsflächen im wesentlichen eine Farce.

Ungeheuerlich ist auch das Tempo der Parzellierung. Nach Art. 11 sollen nämlich jährlich 200 000 Hektar parzelliert werden und nach der Fassung des Gesetzes ist anzunehmen, daß diese Menge unter allen Umständen erreicht werden muß, also zumindesten dem Eigentum der bisherigen Besitzer entzogen werden wird. Eine solche Riesenfläche binnen Jahresfrist vermessen, aufteilen und besiedeln wollen, ist völlige Utopie. Es wird also darauf hinauskommen, daß der größte Teil des enteigneten Landes noch geraume Zeit ungeteilt für Staatsrechnung verwaltet werden muß. Hier und da wird man diese Verwaltung vielleicht dem bisherigen Besitzer übertragen, in den meisten Fällen werden sich jedoch fremde, mehr oder weniger ungeeignete Personen an die freundliche Staatskrippe zu drängen wissen. Der Vetternwirtschaft ist Tür und Tor geöffnet. Unproduktive Bewirtschaftung weiter Landstrecken, Rückgang der Erträge und Ausfall an Steuerkraft werden die Folgen sein, welche letzten Endes auf die Allgemeinheit zurückfallen. Es muß also energisch gefordert werden, daß nur in dem Tempo parzelliert wird, das tatsächlich praktisch durchführbar ist, und daß dementsprechend das jährliche Kontingent auf ein erträgliches Maß zurückgeführt, oder daß am besten von einer Kontingentierung ganz abgesehen wird.

Der Gang der Parzellierung

ist so gedacht, daß das Gesetz zunächst die freiwillige Parzellierung durch den Eigentümer in den Vordergrund stellt. Alljährlich wird ein Parzellierungsplan herausgegeben, in dessen Rahmen jeder Besitzer freihändig Land an Siedler abgeben kann, die er selbst im Wege des freien Kaufvertrages heranzieht. Diese freiwillige Parzellierung, die scheinbar die Rechte des Eigentümers wahrt, ist aber praktisch völlig bedeutungslos und weiter nichts als ein schönes Aushängeschild, mit welchem der wahre Charakter des Gesetzes verdeckt werden soll. Kein Siedler wird solch ein Narr sein, sein Land im Wege freiwilligen Ankaufs zu erwerben, das er ein Jahr später von demselben Verkäufer im Wege des staatlichen Zwangsankaufs wesentlich billiger haben kann. Denn wenn der Parzellierungsplan nicht erfüllt wird, erscheint im kommenden Jahr im Januar der sogenannte Namensausweis, ein Verzeichnis der Grundeigentümer und Landflächen, welche nunmehr zur zwangsweisen Enteignung durch das Landamt in Aussicht genommen sind. Mit diesem Zwangsankauf im Hintergrund wird selbstverständlich die ganze freiwillige Parzellierung illusorisch.

Die Entschädigung

für den zur Parzellierung beschlagnahmten Boden soll in 5prozentigen auf Goldzłoty gestellten Rentenbriefen des Staates erfolgen, und der Wert des Bodens soll nach der Einschätzung zur Vermögenssteuer bemessen werden. Diese Art der Bezahlung kommt tatsächlich einer entschädigungslosen Enteignung ziemlich gleich. Für die Selbsteinschätzung zur Vermögenssteuer hatte der Grundbesitzer freie Wahl nur hinsichtlich der Einteilung seines Bodens in verschiedene Ertragsklassen, dagegen waren sowohl die Wirtschaftsbezirke, wie auch der Preis für die Bodenklassen gesetzlich unabänderlich festgelegt. Die Wirtschaftsbezirke waren ziemlich schematisch abgegrenzt und die Bodenpreise im großen ganzen außerordentlich niedrig. Dem Verfasser ist ein Gut bekannt von 2400 Morgen, welches ca. 250 Morgen Weizen und ca. 120 Morgen Zuckerrüben baut und in dem trotzdem die Vermögenssteuer nur auf einen Durchschnittswert von etwa 90 zł pro Morgen (ohne Gebäude und Inventar) kommt, weil es im dritten Wirtschaftsbezirk liegt. Der Friedenswert betrug bei diesem Beispiel etwa 300 Goldmark pro Morgen. Die niedrigen Bodenwerte des Vermögenssteuergesetzes finden ihre Erklärung in dem damaligen hohen Golddiskont, welcher 20 bis 24 Prozent betrug. Der Steuerzahler mußte die Vermögenssteuer auf der Basis des Goldzłoty bezahlen und hätte, sofern er sich den Steuerbetrag durch Kredit beschaffen mußte, 20—24 Prozent Zinsen dafür zahlen müssen. Dementsprechend entsprach die Bewertung des Vermögenssteuergesetzes annähernd dem damaligen Geldwert auf dem Goldmarkt. Daß sie aber trotzdem zu niedrig war, zeigt sich daran, daß das der Landwirtschaft auferlegte Kontingent von 500 Millionen zł bei weitem nicht erfüllt worden, und daher jetzt eine Erhöhung der Vermögenssteuer um 350—370 Proz. bevorsteht. Das Vermögenssteuergesetz hat damit gerechnet und für solchen Fall eine Erhöhung der Steuersätze in Aussicht genommen. Richtiger wäre es gewesen, nicht die Steuersätze, sondern die Bewertung der Steuerobjekte selbst zu erhöhen. Denn wir stehen nun vor der eigentümlichen Situation, daß die Landwirte das Vergnügen haben, die Vermögenssteuer noch 3½mal zu zahlen, während sie ihren Grund und Boden bei der Agrarreform nur nach dem einfachen Wert der Vermögenssteuereinschätzung bezahlt erhalten. Und die Bezahlung der noch mehrere Jahre fortlaufenden Vermögenssteuerraten wird verlangt werden, auch wenn der größte Teil des Grund und Bodens inzwischen auf Grund der Agrarreform enteignet worden ist!

Eine weitere geschickt verdeckte Enteignung der Vermögenssubstanz liegt in der

Bezahlung durch Rentenbriefe,

anstatt in barem Gelde. Die Rentenbriefe können bei einer Verzinsung von 5 Prozent höchstens einen Kurs von 30 Prozent erreichen, denn die 8prozentigen Dollarpfandbriefe der Landschaft werden nur bei 40 Prozent notiert. Die Erfahrungen der Inflation sind noch so tief im Publikum eingewurzelt, daß eine allgemeine Abneigung gegen festverzinsliche Werte besteht. Die Verzinsung ist ungenügend, und da außerdem ein starkes Angebot dieser Papiere aus den Kreisen der enteigneten Landwirte eintreten wird, so kann man vermuten, daß der oben genannte Kurs von 30 Prozent noch erheblich gedrückt werden wird. Der Gesetzentwurf sieht aber eine Verzinsung des Kursverlustes nur bis zu 70 Prozent vor, also eine Zuzahlung von höchstens 30 Prozent zum Nominalbetrag. Hierin liegt eine Konfiskation von fast ⅔ des Vermögenswertes. Für den Staat aber auf der anderen Seite ein Riesengeschäft, da er die zum Kurse von 70 Prozent ausgegebenen Rentenbriefe jederzeit an der Börse zum Kurse von 30 Prozent oder noch niedriger zurückkaufen kann und die Differenz auf Kosten des enteigneten Besitzers glatt verdient!

Auf einen ganz anderen Standpunkt stellt sich das Gesetz aber beim Verkauf der Parzellen an die Siedler. Da ist von Vermögenssteuerwert und Rentenbriefen keine Rede mehr, sondern die Käufer haben den wirklichen, wirtschaftlichen Wert zu zahlen, zuzüglich der entstandenen Parzellierungsunkosten. Es besteht also zwischen dem, was der enteignete Besitzer erhält und dem, was der Staat den Käufern für die Parzellen abnimmt, eine gewaltige Differenz, und da das Gesetz sich über den Verbleib dieser Differenz ausschweigt, so muß man annehmen, daß hier ein weiteres glänzendes Geschäft zugunsten der Staatskasse beabsichtigt ist. Wo bleibt gegenüber solchen Gesichtspunkten der soziale Gedanke der Agrarreform?! — Difficile est satiram non scribere!

Der Kritiker des Entschädigungsverfahrens muß diese Vorschrift zum Ausgangspunkt seines Angriffes nehmen. Die Feststellung des wirklichen wirtschaftlichen Wertes setzt in jedem Einzelfall eine Prüfung der gesamten individuellen und örtlichen Verhältnisse voraus. Ein gewisses Abschätzungsverfahren, dem das Gesetz sonst peinlich aus dem Wege geht, ist unvermeidlich. Wenn also der wirkliche wirtschaftliche Wert beim Verkauf an die Siedler festgestellt werden muß und kann, warum ist nicht das Gleiche möglich bei Wegnahme des Landes gegenüber dem enteigneten Besitzer? Was bei dem einen billig ist, muß bei dem anderen recht sein.

Mithin muß man fordern, daß die Enteignungsentschädigung nicht gezahlt wird auf Grund des Vermögenssteuergesetzes, sondern auf Grund des wirklichen wirtschaftlichen Wertes des enteigneten Landes unter Berücksichtigung aller örtlichen Verhältnisse.

Zur Durchführung muß ein genaues Schätzungs- und Entschädigungsverfahren eingeführt werden, in welchem der Eigentümer Gelegenheit hat, seine Anträge uneingeschränkt zur Geltung zu bringen. Den Parzellierungsfanatikern der Linken wird freilich nicht damit gedient sein, denn ein solches Verfahren erfordert allerdings etwas Zeit und Überlegung. Jedem Einsichtigen aber muß klar sein, daß die Hast und Übereilung, die sich wie ein roter Faden durch alle Bestimmungen des Gesetzentwurfes zieht, im höchsten Grade schädlich ist und unbedingt einer ruhigen, sachlichen Durcharbeitung Platz machen muß.

Wenn nun aber wirklich das Vermögenssteuergesetz

die Abschätzungsgrundlage

bleiben soll, dann muß wenigstens die Forderung gestellt werden, daß die Auszahlung nicht in Rentenbriefen, sondern in bar erfolgt, und zwar müßte die geplante Erhöhung der Vermögenssteuer hierbei berücksichtigt werden. Wenn es sich als wahr herausstellt, daß die Steuer noch 3½ Mal bezahlt werden muß, dann muß auch der etwaige Boden mit dem 3½fachen Betrage vergütet werden. Diese Forderung ist ebenso gerecht wie logisch. Wenn die Bezahlung aber in Rentenbriefen erfolgt, dann müssen diese Rentenbriefe nicht mit 5 Prozent verzinslich sein, sondern mit 24 Prozent, wie es dem Diskontsatz zur Zeit der Vermögenssteuereinschätzung entspricht. Wenn sie aber nur mit 5 Prozent verzinslich sind, dann müssen sie in einem entsprechend vervielfachten Kapitalsbetrage ausgegeben werden, so daß ihr gesamter Zinsertrag dem Golddiskont gleichkommt und der Enteignete sowohl in den Zinsen, wie im Kapital voll gedeckt ist. Die schwere Schädigung des Eigentümers, die darin liegt, daß der geringe Vermögenssteuerwert mit einer Bezahlung durch fünfprozentige Rentenbriefe kombiniert wird, muß jedenfalls auf die eine oder andere Weise aus dem Gesetz herausgebracht werden.

Eine weitere Merkwürdigkeit ist es, daß dem Eigentümer die gewährte Entschädigung nicht einmal frei zur Verfügung stehen wird. Denn zunächst werden davon die rückständigen Steuern abgezogen. In dem oben genannten Beispiel sind 2750 Morgen landwirtschaftlich genutzte Fläche. Davon werden dem Eigentümer rund 2000 Morgen enteignet und in Rentenbriefen bezahlt. 2000 . 90 = 180 000 Zł., dazu 30 Prozent Kursverlust = 54 000 Zł., zusammen 234 000 Zł. in Rentenbriefen. Auf die enteigneten 2000 Morgen entfiel eine Vermögenssteuer von ca. 10 000 Zł., zu dieser werden noch 350 Prozent Zuschlag erhoben, also insgesamt 45 000 Zł. Diese kann der Zensit in Rentenbriefen bezahlen, nach dem ihm von der Regierung vergüteten Kurse, er benötigt also für die Vermögenssteuer 45 000 + 30 Prozent = 58 500 Zł. in Rentenbriefen. Er behält also noch 175 500 Zł. Diese im günstigsten Falle zu 30 Prozent an der Börse verkauft, ergeben eine Barsumme von 52 000 Zł. Dem Enteigneten verbleibt also eine Entschädigung von etwa 26 Zł. pro Morgen. Hiervon muß er nun noch die Gutsleute entschädigen, die infolge ihrer Enteignung ihre Arbeit auf dem Gut verlieren und dort kein Land erhalten oder nahmen. Diese Entschädigung beträgt bei Arbeitern, welche mehr als 10 Jahre auf dem Gute arbeiten, 500 Zł., bei solchen, die länger als 25 Jahre dort arbeiten oder schon eine Gnadenversorgung erhalten (Gratialisten) das zehnfache der gewährten oder ortsüblichen Jahresleistung oder den zweieinhalbfachen Wert eines Jahresdeputats. Letzteres beträgt nach dem Budget eines Instmannes ca. 100 Zentner Roggen, die Gesamtentschädigung also 250 Zentner Roggen, da nach einem neuerlichen Schiedsspruch der Regierung der Roggenpreis beim Landarbeitertarif nicht unter 12,50 Zł. pro Zentner angesetzt weren darf, so beträgt die Entschädigung für die Gratialisten rund 3000 Zł. Auf dem hier als Beispiel genannten Gute würden, selbst wenn der günstigste Fall eintritt und die enteigneten 2000 Morgen nur an Gutsleute gegeben werden, noch zu entschädigen bleiben:

2 Arbeiterfamilien à 500	1 000 Zł.
4 Arbeiterfamilien à 3000	12 000 „
5 invalide Gratialisten à 3000	15 000 „
10 Witwen à 3000	30 000 „
	58 000 Zł.

Da der Erlös aus der Enteignung nur 52 000 zł beträgt, so muß der Enteignete für die Arbeiter noch ca. 6000 zł zuzahlen; er ist seine 2000 Morgen in Wirklichkeit also ohne

einen Pfennig losgeworden. Oder er muß die Leute auf den ihm verbleibenden 720 Morgen weiter unterhalten, was auf die Dauer gleichfalls

den Ruin

bedeutet. Es wird Fälle geben, in denen das Verhältnis noch wesentlich ungünstiger liegt, wenn nämlich ein größerer Teil der Arbeiter die Besorgung mit Land ablehnt, und die Zahl der vom Besitzer zu Entschädigenden sich entsprechend vergrößert. Jedenfalls zeigt dieses Beispiel, daß es eine Unmöglichkeit und geradezu himmelschreiende Ungerechtigkeit ist, dem enteigneten Besitzer auch noch die Entschädigung der Arbeiter aufzuerlegen. Außerdem ist diese Entschädigung eine Ausnahmebestrafung aller derjenigen, welche ihre Arbeiter gut behandelt haben und in patriarchalischer Weise unter großen finanziellen Opfern für die Alten und Invaliden sorgen. Diesen Arbeitgebern legt der Staat jetzt zum Dank ungeheure Entschädigungslasten auf, während alle diejenigen, die ihre Arbeiter ausbeuten und dauernd wechseln, frei ausgehen und sich ins Fäustchen lachen.

Die Entschädigung für den enteigneten Boden ist so gering, daß sie dem Besitzer lastenfrei und ohne Abzug verbleiben muß. Die Abfindung der Arbeiter muß daher der Staat übernehmen, und er kann das auch ohne Schaden, denn das Geschäft, welches er mit den Rentenbriefen und dem Grund und Boden macht, ist so glänzend, daß diesem Riesenverdienst gegenüber die Entschädigung der Arbeiter kaum ins Gewicht fällt.

Eine weitere finanzielle Gefahr für den Besitzer liegt in der

Regelung der öffentlichen Lasten.

Über diese wichtige Frage gleitet der Gesetzentwurf elegant hinweg. Nach preußischem Verwaltungsrecht, welches im hiesigen Teilgebiet noch heute gilt, mußte ein parzellierender Gutsbesitzer die sich auf dem parzellierten Lande bildende Kolonie oder Gemeinde mit einer Dotation für die öffentlichen Lasten ausstatten und konnte hierzu gegebenenfalls durch die Verwaltungsgerichte verurteilt werden. Der Gedanke, daß diese Bestimmungen womöglich auch bei der Zwangsparzellierung auf Grund des Agrargesetzes in Anwendung gebracht werden könnten, eröffnet Perspektiven, die für die betroffenen Besitzer geradezu katastrophal sind. Es muß daher gefordert werden, daß das Gesetz alle öffentlichen Lasten, welche auf den enteigneten Grund und Boden entfallen, ebenso wie die Auseinandersetzung mit den Parzellanten klar und unmißverständlich dem Staate auferlegt.

Vollständig ungenügend geregelt ist im Gesetz

die Frage der Hypothekengläubiger.

Es heißt in Art. 26, daß der Staat nur bis zur Höhe der Entschädigung für die Hypotheken haftet. Da oben bereits nachgewiesen ist, wie lächerlich gering die Entschädigung ausfällt, so können sich die Hypothekengläubiger auf schmerzliche Enttäuschungen gefaßt machen. Für den durch die Entschädigung nicht gedeckten Teil der Hypotheken soll der Besitzer haften, in dem Verhältnis, in welchem die Schätzung seines Restgrundstückes zur Schätzung des enteigneten Teiles steht. Das ist alles sehr leicht gesagt, wie steht es aber mit der persönlichen Haftung des Hypothekenschuldners nach dem bürgerlichen Recht, die bekanntlich neben der dinglichen hergeht und auch ohne Zusammenhang mit der dinglichen Forderung fortbestehen kann? Soll obige lapidare Bestimmung des Agrargesetzes hier einfach ein neues Recht schaffen und das unterste zu oberst kehren? Anscheinend ist den radikalen Volkstribunen bei diesen Sätzen selbst nicht ganz wohl zumute gewesen, denn in Art. 25, 3 wird für die Regelung der Hypothekenschulden, die Tilgung der Schuldforderungen und die Art des Hypothekenverfahrens ein besonderes Gesetz in Aussicht gestellt. Also hier haben wir des Pudels Kern. Man fühlt, daß man hier vor einer der schwierigsten Fragen des ganzen Gesetzes steht, man sieht ein, daß sich diese Frage nicht über das Knie brechen läßt, sondern eingehende Prüfung und ernste gesetzgeberische Arbeit erfordert; da man sich aber hierzu nicht die Zeit lassen will (weil das Agrargesetz aus demagogischen Gründen ja unter allen Umständen durchgepeitscht werden muß), so läßt man den lieben Gott einen guten Mann sein und denkt, später wird sich schon irgendwie Rat finden. Nein, Ihr Herren! So leicht geht die Sache denn doch nicht. Gebieterisch muß im Namen der Hypothekengläubiger gefordert werden, daß diese Regelung der Hypothekenfragen nicht ad calendas graecas vertagt, sondern daß das geplante Hypothekengesetz jetzt schon in das Agrargesetz hineingearbeitet wird, wenn dessen Verabschiedung sich dadurch vielleicht auch um ein paar Monate verzögert. Die Zeit zu dieser Ergänzung wird und muß gefunden werden, und Pflicht des Senats wäre es, dies unter allen Umständen durchzusetzen.

Neben den obigen allgemeinen Vorschriften enthält der Gesetzentwurf

verschiedene Ausnahmevorschriften,

von denen einige lebhaftem Widerspruch begegnen müssen. So ist z. B. hinsichtlich der Pachtverträge vorgesehen, daß die Pächter der Staatsdomänen nur mit einjähriger Frist zum Ablauf des vollen Pachtjahres gekündigt werden können und außerdem eine sechsmonatige Liquidationsfrist erhalten, während die Pächter eines Privatgutes zum 1. Juli des Jahres heraus müssen, für welches der Namensausweis herausgegeben wurde, also mit einer Frist von nur fünf Monaten und ohne jeden Liquidationstermin. Hier muß entschieden verlangt werden, daß die Privatpächter nicht schlechter gestellt werden, als die Domänenpächter, denn dazu fehlt jeder innere Grund.

Ferner ist vorgesehen, daß der erste Namensausweis schon im Januar 1926 herauskommen soll. Eigentlich müßte erst für 1926 ein Parzellierungsplan ausgegeben werden und dann würde im Januar 1927 der erste Namensausweis folgen. Die obige Ausnahmebestimmung beraubt alle diejenigen, welche auf dem ersten Namensausweis stehen werden, um ein volles Jahr, welches sie zur freiwilligen Parzellierung hätten benutzen können. In der Praxis ist der Vorteil der freiwilligen Parzellierung zwar nicht allzu hoch einzuschätzen, aber gewisse Möglichkeiten besserer Verwertung des Bodens können in Einzelfällen immer gegeben sein und das Gesetz darf diese Möglichkeiten nicht zum Nachteil des Eigentümers durch Ausnahmevorschriften abschneiden. Mögen sich die radikalen Volksbeglücker, die das Gesetz gemacht haben, nun auch an die Konsequenzen ihres eigenen Machwerks halten und ihre Parzellierungswut noch ein Jahr zügeln.

Die bedenklichste Ausnahmebestimmung des Gesetzentwurfs finden wir aber darin, daß gewisse Gruppen von Gütern

ganz und gar enteignet

werden können, ohne daß ihrem Besitzer ein Restgut verbleibt. Zunächst handelt es sich hierbei um Familienbesitz, welcher nach dem 14. 9. 19 geteilt worden ist. Wenn also z. B. ein Besitzer, der drei Güter besaß, hiervon zwei im Jahre 1920 an seine beiden Söhne abgegeben hat, so werden diese drei Güter trotzdem als ein einziges behandelt und es bleibt nur eins davon mit 720 Morgen übrig. Die beiden übrigen werden ganz enteignet einschließlich Forst, Gewässer und Gebäuden. Zwei Besitzer, die vielleicht sehr gut gewirtschaftet haben, werden brot- und heimatlos und zwei musterhafte Betriebe verfallen der Zerstörung.

Ebenso gelten, wenn ein Besitzer heute im Gebiete der Republik mehrere Güter besitzt, diese als Einheit und er behält nur ein Gut davon mit 720 Morgen. Auch hier kann es sich um Betriebe handeln, die im wirtschaftlichen Interesse besser erhalten bleiben würden. Sehr oft sind mehrere Güter in einer Hand und jedes für sich eine Musterwirtschaft, deren Zerstörung nicht zu rechtfertigen ist. Wenn aber die betreffenden Güter unaufgeteilt bleiben, um ihren wirtschaftlichen Wert zu erhalten, dann wird man sie anderen Personen geben oder sie zu Staatsdomänen machen, was beides mit Agrarreform nichts zu tun hat. Es muß daher gefordert werden, daß die Parzellierung losgelöst wird von der Eigentumsfrage und daß grundsätzlich von jedem Gut, welches grundbuchmäßig und auch wirtschaftlich eine selbständige Einheit bildet, ein Restgut in der gesetzlichen Größe erhalten bleibt.

Weiter verfallen gemäß Art. 3c der vollständigen Enteignung diejenigen Güter, deren Eigentümer, Erblasser oder Schenker diese unter Ausnahmebedingungen und Vorbehalten der früheren Teilungsmächte erworben haben. Mit dem überleitenden Wort „insbesondere“ (zwłaszcza) folgt dann eine Aufzählung einer Reihe von russischen Gesetzen und Ukasen aus den 60er bis 80er Jahren, welche im wesentlichen in Verbindung stehen mit der polnischen Aufstandsbewegung von 1863. Das Gesetz will also gewisse, von der russischen Regierung vorgenommene oder geförderte Eigentumsveränderungen rückgängig machen und enthält mithin eine sich gegen die russische Minderheit richtende Strafvorschrift, welche mit Agrarreform nichts zu tun hat.

Trotzdem nur gewisse russische Gesetze zitiert werden, ist die Fassung der Eingangsworte so allgemein, daß die Möglichkeit vorliegt, die Bestimmung auch

gegen die deutsche Minderheit

anzuwenden. Die deutsche Sejmfraktion stellte daher den Antrag, das Wort „zwłaszcza“ durch „mianowicie“ = „nämlich“ zu ersetzen, wodurch die Beschränkung auf die russischen Gesetze klargestellt gewesen wäre. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Man muß daher vermuten, daß der Gesetzentwurf sich zumindesten alle Möglichkeiten offen halten will, wenn die preußische Teilgebietsgesetzgebung auch nicht ausdrücklich erwähnt ist. Uns will es scheinen, daß es weniger darauf ankommt, Bestimmung nach der einen oder anderen Seite klarer zu fassen, sondern daß sie ganz und gar gestrichen werden muß. Denn gleichgültig, ob sie sich nur gegen die russische Minderheit richtet oder ob auch die deutsche betroffen ist, in jedem Falle handelt es sich um eine Strafvorschrift für Vorgänge und Handlungen, welche unter völlig anderen Voraussetzungen und Verhältnissen zustande gekommen sind und für welche die heute Betroffenen keine Verantwortung trifft. Eine derartige Strafvorschrift ist unmoralisch und gehört außerdem nicht in ein Agrargesetz.

Wir kommen zum Schluß unserer Ausführungen. Es wäre im Einzelnen zwar noch viel zu sagen, denn jeder einzige Artikel des Gesetzentwurfes fordert zum Angriff heraus. Aber das Wesentlichste ist herausgeschält: **Die Enteignung des Grundeigentums ohne genügenden Rechtsschutz und ohne Entschädigung.** Denn der Rechtsweg wird abgeschnitten und die geplante Entschädigung ist nicht mehr als ein Almosen. In beiden Punkten läuft der Gesetzentwurf den Grundsätzen der Verfassung zuwider.

Noch ist es Zeit, das Blatt zu wenden. Aber alle staatserhaltenden Parteien müssen dann zusammenarbeiten. Man möge einsehen, daß die nationalen Minderheiten hier nicht nur in eigener Sache fechten, sondern daß der vorschnell und leichtsinnig auf die Sehne gelegte Pfeil sich bald auch gegen den Schützen wenden wird.

Videant consules ....

Die Rede Painlevés.

Die Rede des französischen Ministerpräsidenten Painlevé zur Eröffnung des Völkerbundes ist für die Stellungnahme Frankreichs zu der z. Z. wichtigsten internationalen Frage von so großer Bedeutung, daß es wichtig ist, sie in ihren Grundgedanken kennen zu lernen. Zunächst bot Painlevé nach dem Bericht der „Köln. Ztg.“ eine neue Verherrlichung des Genfer Protokolls, erklärte sich dann aber in aller Deutlichkeit trotz aller vorsichtigen Wendungen bereit, das Protokoll vorläufig ruhen zu lassen und sich der Sicherheitsfrage zu widmen, die mit dem Protokoll nicht im Widerspruch stünde, sondern in diesem Geiste gelöst werden müsse. Die Darlegungen, mit denen Painlevé nach begeisterten Ausführungen über das Protokoll und seine Vorgeschichte die gegenwärtigen Sicherheitspaktverhandlungen berührte, haben folgenden Wortlaut:

Der großartige Plan über die allgemeine Regelung der Konflikte (Protokoll) hat bis jetzt keine Gesetzeskraft erhalten, und infolgedessen ist die Vorbereitung der im Protokoll vorgesehenen Abrüstungskonferenz durch den Völkerbundrat vertagt worden. Aber gleichzeitig wurden Verhandlungen eröffnet, die gegenwärtig im Gange sind, unter den am Sicherheitspakt unmittelbar interessierten Mächten. Diese Verhandlungen zielen auf Abkommen oder Schiedsverträge hin, die dem Völkerbundpakt entsprechen und den Frieden aufrechterhalten sollen. Wenn diese Verhandlungen zum Ziel führen, so bestünde ihr Ergebnis darin, gewisse Nationen, die Mitglied des Völkerbundes sind, durch Verpflichtungen zu binden, die den im Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen entsprechen. Diese Verhandlungen sind von demselben Geist eingegeben und unterscheiden sich nur dadurch, daß sie beschränkt sind. Painlevé unterscheidet jetzt zwischen verschiedenen Arten von örtlichen und teilweisen Abkommen. Die einen, so führte er aus, bezwecken die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen und umfassen nur die Staaten, die gemeinsame Interessen haben, und lassen alle Staaten fort, mit denen Konflikte wahrscheinlich sind. Andere Abkommen dagegen, wie der geplante Rheinpakt, schließen gerade die Staaten ein, unter denen Konflikte entstehen könnten. Derartige Sonderabkommen sind vom Protokoll zugelassen und stehen nicht im Widerspruch mit den im letzten Jahr in Genf ausgearbeiteten Regeln. Wenn das Protokoll in Kraft getreten wäre, so wären sie einfach eine Ergänzung. Das große Interesse bleibt aber bestehen, daß das Spiel dieser Abkommen in ihrer Beziehung zum Völkerbund genau festgelegt wird. Dasselbe gilt von den Schiedsverträgen.

Die heutigen Schiedsverträge sind in Wahrheit nur Schlichtungsverträge oder sie nehmen die wichtigsten Streitfälle auf. Die im Pakt vorgesehenen Verträge sollen aber vollständig sein, keine Ausnahme zulassen und ihre Ausführung nicht ausschließlich von dem guten Willen, von den Vereinbarungen der unterzeichneten Mächte abhängen, sondern von der Garantie, die der Völkerbund bietet. Painlevé wies darauf hin, daß das Problem sich heute vor der Versammlung unter anderen Voraussetzungen stelle als im letzten Jahre. Im vorigen Jahr handelte es sich um ein neues, unvollständiges System. Heute sei die Frage nicht mehr so einfach und nicht mehr so allgemein. Man könne daher wählen, welche Methoden einzuschlagen seien, die synthetische Methode, die wieder die Prüfung des Protokolls aufnehme unter Berücksichtigung der Einwendungen, oder die analytische Methode, die die Grundsätze des Protokolls nur für die Sonderverträge ins Auge fasse. Painlevé gab dabei der Vermutung Ausdruck, daß die Widerstände, die das Protokoll hervorgerufen habe, verschwinden würden, sobald es sich nicht mehr darum handle, alle Staaten in dieselben Formen einzufügen, sondern das neue Verfahren auf die Staaten anzuwenden, die untereinander in entscheidender Weise die Sicherheitsprobleme regeln wollen. Dabei würden die allgemeinen Verpflichtungen der Mitglieder des Völkerbundes unvermindert bestehen bleiben. In Zukunft hätte also die Versammlung die Prüfung des allgemeinen Protokolls wieder aufzunehmen, daß Sonderabkommen geschlossen würden und sich allmählich vervielfältigen. Painlevé ging hieran anschließend kurz auf die Abrüstung ein, wobei er die alte französische These: erst Sicherheit, dann Abrüstung, wiederholte, an die auf dem Gebiet der Rüstungsbeschränkung im Völkerbund bereits geleisteten Arbeiten erinnerte und dabei die Bestimmungen des Völkerbundes über die Überwachung der Rüstungen gewisser Länder, wie sie in den Friedensverträgen vorgesehen sind, erwähnte. Er regte hieran anschließend an, daß die Versammlung ihre vorjährigen Pläne auf Einberufung einer Abrüstungskonferenz wieder aufnehmen könne, sobald die ausreichenden Voraussetzungen der Sicherheit fest aufgerichtet seien. Dann umriß Painlevé mit folgenden Worten nochmals genau

den französischen Standpunkt zum Protokoll und zum Sicherheitspakt:

Frankreich hat leidenschaftlich am Protokoll mitgearbeitet; es bleibt dem Geist des Protokolls leidenschaftlich treu. Es verleugnet keine der darin enthaltenen Verpflichtungen und lehnt jede Gewalt mit demselben Nachdruck ab wie zurzeit, als es selbst das Opfer der Gewalt war. Aber Frankreich hängt nicht an einer Formel, sondern am Frieden. Es ist bereit, alle Modalitäten und alle Abkommen zu prüfen, die den Kleinen wie den Großen das Recht zu friedlichem Leben in der Arbeit und in der Ehre sichern und die die Völker beruhigen, die lange geknechtet und zerstückelt waren und sich um ihre schwer zurückeroberte Freiheit Sorge machen. Aber da alle Vereinbarungsversuche nur die Aufrechterhaltung des Friedens zum Zweck haben, können sie nur wirksam sein, wenn der Angelpunkt der Völkerbund ist.

Und nun ging Painlevé in klarer und unzweideutiger Weise auf die Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund ein. Es ist von Wichtigkeit, sagte er, daß der Völkerbund in vollem Umfang die Rolle eines Vormunds des Friedens spielen kann. Im Jahre 1920, auf der ersten Versammlung, rief der Präsident der schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Motta, mit allen seinen Wünschen den Tag herbei — und wir wünschen es mit ihm —, an dem alle Völker dem Völkerbund und seinem Pakt sich beigesellen. Die Versammlung enthielt damals 41 Staaten, heute gehören ihr 54 an. Am 12. Dezember 1924 wandte sich Deutschland an den Völkerbundrat mit einem Brief über die Bedingungen seiner Aufnahme in den Bund. Deutschland sprach die Besorgnisse aus, die ihm Artikel 16 des Pakts und die etwaige Verpflichtung, die Truppen anderer Mitgliedstaaten durch sein Gebiet ziehen zu lassen, einflöße. Am 15. März 1925 antwortete der Rat Deutschland und erinnerte es einstimmig an die formellen Aufnahmebedingungen in den Völkerbund, wie sie im Artikel 1 des Pakts enthalten sind. Nachdem der Rat sich bemüht hatte, die Besorgnisse der deutschen Regierung zu zerstreuen, sprach er Deutschland den aufrichtigen Wunsch aus, daß es sich zu den Arbeiten beigesellen und eines Tages auf diese Weise für die Organisation des Friedens die Rolle spielen möge, die seiner Stellung in der Welt entspricht. Nachdem Painlevé diese Worte wörtlich aus dem Schreiben vom 15. März zitiert hatte, fügte er hinzu, die Versammlung werde sich sicher einstimmig diesem Wunsch des Rates anschließen.

Nach Ausführungen über die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Berührungspunkte mit dem Völkerbund sich vermehrten, obgleich sie kein amtliches Band mit ihm wollten und auf ihre eigene Weise dem Frieden zu dienen trachteten, zog Painlevé einen Vergleich zwischen den Bruderkriegen in Amerika, die mit der Aufrichtung eines gemeinsamen Staatenbundes endeten, und der europäischen Welt, die auch den Frieden finden müsse. Sicher könne sich in dem alten Europa mit seinen jahrhundertelangen Überlieferungen und seinen Nationalitäten nicht die Geschichte des neuen Kontinents wiederholen. Aber, so rief Painlevé aus, es bleibt eine Tatsache, daß die Möglichkeiten eines dauernden Friedens heute auf unserem Kontinent nicht geringer sind als im Jahre 1867 auf dem amerikanischen. Die Verwirklichung ist nur eine Frage des Willens. Die Wahl ist heute tragisch: Entweder verschwindet die Atmosphäre des Mißtrauens, oder es wird aus ihr unweigerlich der abscheuliche Präventivkrieg entstehen, unter dem unsere Kultur zusammenbrechen muß. Wollen die großen Völker, denen Europa seine Kultur verdankt, den feindlichen Brüdern gleichen, die am Rande des Abgrundes in so heißer Wut miteinander ringen, daß sie nicht spüren, wie sie gemeinsam in den Abgrund gleiten? Millionen junger Menschen, die unter dem großen Wirbelsturm gefallen sind, haben durch ihr Opfer den neuen Geschlechtern nicht den ewigen Frieden schenken können, aber sie gaben ihnen die Möglichkeit, diesen Frieden sicher auf der Grundlage des Rechts mit der ganzen Anstrengung ihres Willens und ihres Edelmuts zu erbauen. Diese Anstrengung muß vollbracht werden. „Um zu wagen, braucht man nicht zu hoffen, um zu beharren, braucht man nicht Erfolg zu haben“, so sagte der Kriegsmann Wilhelm von Oranien. Diese Worte, die für den Krieg gesprochen sind, sollten auch für den Frieden gelten. Und so mögen, schloß Painlevé unter starkem Beifall der Versammlung, auch über der Völkerbundtagung die unsichtbaren Richtlinien des Vertrauens schweben: Hoffen, Wagen und Beharren!

Der Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ fügt dem Bericht über die Rede Painlevés ein kleines Stimmungsbild über die Eröffnungssitzung hinzu, in dem es heißt:

Die Eröffnungssitzung machte trotz der ungewöhnlichen Tatsache, daß sie von dem französischen Ministerpräsidenten eröffnet wurde, nicht den erwarteten feierlichen sensationellen Eindruck. Die Stimmung war erheblich flauer als im vorigen Jahre. Der Saal war allerdings wieder dicht besetzt, und auf den Tribünen drängten sich, wie immer, Hunderte von Gästen und Pressevertretern. Die große Sensation war die Teilnahme der Witwe des Präsidenten Wilson, die in der ersten Reihe der Diplomatenloge saß und mit größter Aufmerksamkeit die Rede Painlevés verfolgte.

Als Painlevé die Rednertribüne betrat, wurden ihm im Gegensatz zu der Aufnahme, die Herriot im vorigen Jahre fand, keine Kundgebungen bereitet. Der erste Beifall erhob sich, als er Frau Wilson einige herzliche Worte des Willkommens widmete. Ferner fanden die Wendungen über das Genfer Protokoll und Frankreichs Bekenntnis zu dem Geist dieses Protokolls lebhaften Beifall, wie auch die Erklärung am Schluß der Darlegungen über den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Auch die Schlußwendungen fanden sehr starken Beifall; aber die Ovationen des letzten Jahres, die Herriot und auch Briand gefunden hatten, wiederholten sich nicht.

Das europäische Heer.

Nach den Berichten der einzelnen Staaten an den Völkerbund standen in der Nachkriegszeit in diesen Staaten einschließlich der Offiziere unter Waffen:

in Frankreich	760 500 Mann
in Rußland	698 500 „
in England	593 000 „
in Polen	294 000 „
in Spanien	272 000 „
in Rumänien	193 000 „
in Italien	188 500 „
in Jugoslawien	152 000 „
in der Tschechoslowakei	150 000 „
in Belgien	119 000 „
in Deutschland	100 000 „
in den übrigen Staaten	277 000 „

Die kleineren Staaten sind hierbei nicht berücksichtigt; man darf also die Zahl der Soldaten in Europa auf etwa vier Millionen schätzen. Nach einer neuen Statistik wird das europäische Heer sogar auf sechs Millionen berechnet.

Die Hochwasserschäden in Polen.

Die diesjährigen Überschwemmungen, die durch Austritt der Weichsel, des Dnjestr und des Prut aus den Flußbetten entstanden sind, haben in der Krakauer Wojewodschaft alle Landkreise betroffen, 16 Kreise in der Lemberger und 14 in der Stanislauer Wojewodschaft. Nur neun Landkreise, durch welche kein Fluß fließt, blieben verschont. In der Krakauer Wojewodschaft wurden 22 006 Wirtschaften betroffen und 38 041 Hektar Land überschwemmt. Der Schaden beträgt 13 875 029 Złoty. In der Lemberger Wojewodschaft wurden 28 249 Kolonisten betroffen und 46 843 Hektar Land überschwemmt, wobei 655 Gebäude zerstört wurden. Der Schaden beträgt 14 892 905 Złoty. In der Wojewodschaft Stanislau wurden 92 723 Einwohner geschädigt, 44 733 Hektar Land überschwemmt und 744 Gebäude zerstört. Der Schaden beträgt 9 946 503 Złoty. Der Gesamtschaden, der durch die Überschwemmung in den drei kleinpolnischen Wojewodschaften verursacht wurde, beträgt 44 692 352 Złoty.

Kein Gold aus Quecksilber?

Ein Irrtum Professor Miethes?

Die Gewinnung von Gold durch Zertrümmerung der Quecksilberatome scheint nach neuesten Forschungen, die im Chemischen Laboratorium der Universität Berlin von Tiede, Schleede und Goldschmidt gemacht wurden, auf einem Irrtum des Professors Miethe zu beruhen. Gleichzeitig mit den obengenannten drei Gelehrten haben die beiden Forscher Riesenfeld und Haase die Versuche über die Verwandlung von Quecksilber in Gold nachgeprüft, und alle sind nach der „Umschau" zu folgendem Ergebnis gekommen:

Alles im Handel befindliche Quecksilber ist goldhaltig. Es wurde darum das Quecksilber einer Reinigung im Hoch-Vakuum bei 60 bis 100 Grad Temperatur unterzogen. Ein Kilogramm des Destillates der ersten Vakuumdestillation enthielt noch 0,091 bis 0,135 Milligramm Gold. Wurde dieses Destillat erneut einer Hoch-Vakuumdestillation unterworfen, so ließ sich auch in dem zweiten Destillat noch Gold — aber jetzt viel weniger — analytisch nachweisen. Es enthielt ein Kilogramm Quecksilber des zweiten Destillats 0,006 Milligramm Gold. Erst wenn dieses zweite Destillat einer noch nicht näher beschriebenen modifizierten Destillation unterworfen wurde, ließ sich mit den jetzigen Analysenmethoden kein Gold mehr nachweisen, d. h. ein Kilogramm dieses Quecksilberts mußte weniger als 0,0025 Milligramm Gold enthalten.

Riesenfeld und Haase ziehen aus ihren Versuchen folgende Schlußfolgerung:

„Damit ist erwiesen, daß Quecksilber nur durch mehrfach wiederholte, langsame Vakuumdestillation allmählich praktisch goldfrei zu erhalten ist, daß also alle bisher zur Goldgewinnung benutzten und als goldfrei bezeichneten Quecksilberpräparate goldhaltig waren."

In Destillationsapparaten, die genau nach den Angaben von Miethe und Stammreich angefertigt waren, destillierten Tiede, Schleede und Goldschmidt im Chemischen Laboratorium der Universität Berlin Quecksilber und prüften es auf Gold. Stets fanden sie in einem Kilogramm des nach der Mietheschen Methode destillierten Quecksilbers 0,3 bis 0,47 Milligramm Gold; dieser Befund stimmt also ungefähr mit dem von Riesenfeld und Haase überein. Der Druck im Destillationsapparat wird etwa 6 bis 20 Millimeter betragen haben. Tiede, Schleede und Goldschmidt destillierten daher bei weiteren Versuchen das Quecksilber im äußersten Hochvakuum unter Benutzung einer Stufenstrahlpumpe und Vorschaltung von zwei dauernd mit flüssiger Luft gekühlten Quecksilberfallen bei Vermeidung jeder Schliffverbindung in völlig verschmolzener Glasapparatur. Die Temperatur des Quecksilbers betrug ungefähr 90 Grad, und es dauerte gegen 100 Stunden, bis 1 Kilogramm Quecksilber überdestillierte.

Wurde das nach der Mietheschen Methode destillierte Quecksilber einer solchen Hochvakuumdestillation unterzogen, so fand sich in jedem Falle noch Gold, und zwar bis zu 0,1 Milligramm pro Kilogramm Quecksilber. Auch in einer von Kahlbaum bezogenen Quecksilberprobe, die sich bei der Destillation nach Miethe bereits als goldfrei erwiesen hatte, ließe sich durch die Hochvakuumdestillation noch Gold nachweisen. Bei einer zweimaligen Hochvakuumdestillation des Quecksilbers konnte aber niemals mehr auch nur eine Spur von Gold gefunden werden.

Mit diesem sicherlich weitgehend goldfreien Quecksilber wurden nun Umwandlungsversuche angestellt, und zwar zunächst in einer Jaenickeschen Quarzlampe, wie sie auch Miethe zuerst benutzte. Die Lampe wurde einen halben Tag bis 136 Stunden lang mit 130—140 Volt und 4—4,5 Ampère betrieben. Ferner wurde in einem gleichrichterähnlichen Vakuumentladungsrohr, wie es von Miethe empfohlen wurde, das reinste Quecksilber mit einem Strom von 5 Ampère und 10 Volt volle 5½ Tage lang ununterbrochen behandelt. Schließlich wurde ein Entladungsgefäß aus Quarz mit Quecksilberelektronen und Wasserstoff-füllung von Atmosphärendruck benutzt, in dem ein 1 Zentimeter langer Funke einer parallel geschalteten Batterie von sechs Leydener Flaschen während 20—52 Stunden übersprang. Niemals konnte nach der elektrischen Behandlung die Bildung von Gold nachgewiesen werden, obwohl alle Versuche mehrmals ausgeführt wurden.

Tiede, Schleede und Goldschmidt drücken sich trotzdem außerordentlich vorsichtig aus; sie schreiben nur: „Daraus geht hervor, daß die Goldbildung aus Quecksilber nach den Angaben der Herren Miethe und Stammreich zumindest schwer reproduzierbar ist." Die Nachprüfung der weiteren von Miethe, Stammreich und Nagaoka angegebenen Versuchsanordnungen zur Umwandlung von Quecksilber in Gold wird zurzeit im Chemischen Institut der Berliner Universität vorgenommen.

Rundschau des Staatsbürgers.

In Sachen der Verlängerung von Auslandspässen.

Wie berichtet wird, hat das Innenministerium besonders darauf hingewiesen, daß die kurzfristigen Konsularpässe von den Verwaltungsämtern auf keinen Fall verlängert werden sollen. Die normalen (nicht kurzfristigen) Konsularpässe können bis zu drei Monaten gegen eine Gebühr von 15 Złoty verlängert werden, bis auf sechs Monate gegen eine Gebühr von 20 Złoty und bis auf ein Jahr gegen eine Gebühr von 30 Złoty.

Neue Liquidierungen.

Zur Liquidierung bestimmt sind laut „Monitor Polski" Nr. 208—209 folgende Liegenschaften: Das dem Hermann Nierke gehörige Grundstück in Rawitsch; das dem Franz Lehnert gehörige Grundstück mit Apotheke in Zduny; die Rentenansiedlungen Fürstl. Grochowiska, Kr. Znin, Eigentümer Richard Kiehn; Nakel, Kr. Wirsitz, Eigentümer Karl Bruno Lusche; Wierzchocin, Kr. Bromberg, Eigentümer Georg Kaiser.

Die Ausreise von Arbeitern nach Frankreich eingeschränkt.

Das staatliche Arbeitsvermittlungsamt erhielt eine neue Verfügung, die die Herausgabe von Bescheinigungen für Auslandspässe für nach Frankreich reisende Arbeiter betrifft. Bisher hat das staatliche Arbeitsvermittlungsamt solche Bescheinigungen jedem erteilt, der einen Kontrakt mit irgend einer Firma in Frankreich vorlegte. Jetzt wurde die Einzelreise nach Frankreich verboten und nur noch die Reise in Gruppen gestattet, jedoch mit Ausnahme nach dem nördlichen und östlichen Teil des Landes. Handwerkern, wie Schneider, Schuster usw. werden Ausreisegenehmigungen nicht erteilt. In Lodz traf aus Neustadt die französische Mission ein, die Weber für die französische Industrie anwerben will. Die bereits ausgewählten Weber, die den Anforderungen der Mission entsprochen haben, reisen schon in den nächsten Tagen nach Frankreich ab.

Waggons zum Transport von Fischen.

Die Direktion der Staatseisenbahnen führte spezielle Waggons zum Transport lebender Fische ein. Die Waggons besitzen eine Vorrichtung, wodurch das Wasser stets frisch erhalten wird.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. September.

„Freiwillige" Abwanderung der Optanten.

Um den schlechten Eindruck, den der zwangsweise Abschub deutscher Optanten überall hervorruft, abzuschwächen, wird in letzter Zeit von den unteren polnischen Behörden eine Methode angewandt, die nach außen hin der Zwangsausweisung den Anschein einer freiwilligen Abwanderung geben soll. Optanten, die sich noch in Polen befinden, werden unter Androhung sofortigen polizeilichen Abschubs von den betreffenden Kommissaren aufgefordert, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie Polen freiwillig binnen einer gewissen Zeit verlassen werden. Diese Erklärungen werden vielfach nicht nur von solchen Optanten, die vertragsmäßig am 1. August hätten abwandern müssen, sondern auch von solchen gefordert, denen auf Grund des Wiener Vertrages oder sonstiger Vereinbarungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung — Familieneinheit usw. — oder auch spezieller Genehmigung der polnischen Behörden ein späterer Abwanderungstermin rechtlich zusteht.

Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß für die letztgenannten Personen diese zwangsweise abgegebenen Verpflichtungen keinerlei bindende Wirkung haben können.

---

§ **Versetzung in den Reservestand.** Anläßlich der Einberufung des Jahrganges 1904 zum aktiven Militärdienst im Oktober dieses und März des nächsten Jahres werden folgende Jahrgänge in den Reservestand versetzt: die Soldaten des Jahrganges 1897 und ältere Jahrgänge ohne Rücksicht auf ihre bisherigen Militärdienstverhältnisse; von den Jahrgängen 1898—1902 diejenigen Soldaten, welche mindestens 12 Monate gedient haben. Die Versetzung in den Reservestand bezieht sich sowohl auf die Soldaten mit wie auch ohne Offizierszensus.

§ **Die Meisterprüfung** bestanden vor der hiesigen Handwerkskammer im Schmiedegewerbe: Martin Jaskólski aus Popowitzki, Kr. Inowrocław; Stefan Ruciński aus Samoklensk, Kr. Schubin; Jan Kuźmirski aus Schelejewo, Kr. Znin; Jan Nolarczyk aus Karlhof (Karolewo), Kr. Bromberg; Josef Nowak aus Czarnikau. Im Konditorgewerbe: Josef Groß aus Bromberg und Boleslaus Smentkowski aus Gnesen.

§ **Die Nachtarbeit in den Bäckereien.** Die polnische Bäckerinnung hielt am vergangenen Mittwoch eine Sitzung ab, in der besonders die Frage der Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben besprochen wurde. Die Versammlung regte eine Intervention beim Arbeitsinspektor an, daß die Arbeitszeit auf 5 bis 11 Uhr abends und 4 bis 10 Uhr morgens festgesetzt würde. Gleichzeitig wurde beschlossen, sich an die Polizeiverwaltung zu wenden mit der Bitte, eine Verordnung zu erlassen, die den Verkehr von Bäckerwagen auf den Straßen der Stadt vor 7 Uhr morgens untersagt. Die Innungsmitglieder könnten nämlich sonst gegen die Konkurrenz der Bäckerei-Fabrikbetriebe nicht aufkommen. Erwähnt wurde auch die Angelegenheit der Brotlieferung für den Magistrat zwecks Versorgung der Volksküche. Die Bäckerinnung unterbreitete dem Magistrat eine Offerte, für einen Zentner Mehl 115 Pfund Brot zu liefern. Der Magistrat betraute mit der Lieferung jedoch die Firma „Samopomoc" (Selbsthilfe), die für einen Zentner Mehl nur 110 Pfund Brot liefert.

§ **Internationales Tennisturnier in Bromberg.** Die am letzten Mittwoch stattgehabten Spiele zeitigten folgende Ergebnisse: Direktor Bauer — Falapiera (5:6, 5:6), Krucan—Draheim (4:6, 2:6), Kneiding—Gliński, Jeschke—Tobias (6:1, 6:2), Skwierczyński—Kautz (6:5, 6:4), Kock I—Racięcka (6:2, 6:4), Hege—Knabe (1:6, 6:8), Groß—Erdel (6:1, 6:3), Thöl—Wiśniewska (6:3, 6:1).

§ **Bromberg als internationaler Sportplatz.** Am 4. und 5. d. M. fand, wie der „Dziennik Bydgoski" berichtet, in Prag ein internationaler Ruderer-Kongreß statt, auf dem u. a. ein für Bromberg sehr bedeutsamer Entschluß gefaßt wurde. Es soll nämlich die internationale Ruderregatta des Jahres 1927 in Bromberg ausgefahren werden, das die beste Rennstrecke in ganz Polen besitzt. — Bekanntlich ist der Brahemünder Holzhafen, der die Rennstrecke bildet, vor etwas mehr als 20 Jahren von der preußischen Regierung bis zu seinem jetzigen Umfange erweitert worden.

§ **Wer ist der Tote?** Vorgestern abend begegnete ein Polizeibeamter in Jagdschütz einem etwa 40—45jährigen, völlig erschöpften Manne. Er nahm sich seiner an und sorgte für Überführung ins Krankenhaus, wo der Unbekannte verschied. Er ist etwa 1,68 Meter groß, blond, trägt den Bart kurz verschnitten und hat an der linken Hand eine etwa 6 Zentimeter lange Narbe.

§ **Kasseneinbruch bei der Firma C. A. Franke.** Vorgestern nacht drangen Geldschrankknacker in die Büroräume der Firma C. E. Franke, Brückenstraße (Mostowa) 10, und erbrachen eine dort befindliche, feuersichere Kasse. In dieser befanden sich 2500 zł in kleinen Münzen, 2800 zł in Banknoten und ein Scheck über 306,50 zł. Die Münzen waren in Rollen mit dem Firmenaufdruck verpackt, die Banknoten gebündelt. Der Scheck war ausgestellt von Richard Blum, Schwedenhöhe (Szwederowo), das Formular stammte von der Bank dla Handlu i Przemysłu, Poznań, Odział w Bydgoszczy.

§ **Festgenommen** wurden gestern 10 Personen, darunter vier Diebe, ein Betrunkener, ein Obdachloser und je eine Person wegen Brandstiftung und Unterschlagung.

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z. Die heutige Aufführung des Schwanklustspiels „Der Mustergatte" muß die einzige Wiederholung bleiben. Wer daher diesen glänzenden Schwank in der Besetzung mit erstklassigen Kräften unserer Bühne noch sehen will, versäume nicht, sich noch an der Abendkasse eine Karte zu erstehen. Herr Samulowitz in der Hauptrolle verabschiedet sich am heutigen Abend damit endgültig von dem Bromberger Publikum. Am heutigen Abend schließt auch die Nachspielzeit, damit die Vorbereitungen für die Winterspielzeit 1925/26 in Angriff genommen werden können. Die neue Spielzeit beginnt in der zweiten Hälfte des Oktober. (10750

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z. Auf den nunmehr am Sonnabend, 12. 9. 1925, abends 8½ Uhr, im Deutschen Theater stattfindenden Konzert- und Liederabend wird empfehlend hingewiesen. Mara v. Derrs, Mitglied unserer Deutschen Bühne, die in der vergangenen Spielzeit in verschiedenen Rollen Proben ihres Talents abgelegt hat, wird am Sonnabend Proben ihres gesanglichen Könnens ablegen, von dem die Kritik eine hervorragend geschulte Stimme mit schöner Klangfarbe, vornehmlich die meisterhafte Behandlung zartester Töne gebührend erwähnt. Ihr zur Seite steht der Tenor, Herr Julius Kerger, der in der Konzertwelt kein Unbekannter mehr ist. Er verfügt über eine schöne, umfangreiche Stimme, welche im Nu die Herzen aller Zuschauer gewinnt. Er versteht es, seine Stimme voll zu entfalten und in allen Lagen ihrer Herr zu bleiben. Die Presse ist sich eins in einem uneingeschränkten Lob für das prachtvolle Organ. Stürmischer Beifall und Jubel bezeichnen den Weg des Künstlers. Der Geigenvirtuose Prof. Stanisław Friedberg hat bereits vielfach Zeugnis seines reifen Könnens abgelegt. Ein Kritiker faßt sein Urteil über ihn dahin zusammen: „Der wunderbar schöne Ton beim Spiel, gleich ob es in Oktaven, Terzen, Sexten, ob es zwei- oder mehrstimmig ist, ob es sich um Passagen, Triller, Flageolett, Picciccatos handelt, alle diese technischen Schwierigkeiten sind durch ihn zur höchsten Vollkommenheit gebracht." Neben dieser Beherrschung der Technik steht die individuelle Auffassung und Wiedergabe der Werke auf einer nicht minder hohen Stufe, und beides zusammen ergriff seine ungezählten Zuhörer aufs tiefste. Den Reigen der Künstler beschließt Janina Wasserzug, die sich als Pianistin bereits einen Namen erworben hat. Ihr wird vollendete Technik und beseeltes Spiel nachgerühmt. Der Abend verspricht demnach mit dem abwechselungsreichen Programm, das Lieder in deutscher, polnischer, russischer und italienischer Sprache und eine gediegene Auswahl aus den Perlen musikalischer Werke vorsieht, ein voller Genuß zu werden. (10751

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz,** 10. September. Über ein Postkuriosum wird berichtet: In Zawiercze gelangte dieser Tage ein Brief in die Hände eines Adressaten, der vor drei Monaten in Lodz bei der Post aufgegeben worden war. Der Briefumschlag trug u. a. auch den Stempel „Buenos Aires" in Argentinien. Mithin hat der Brief von Lodz nach Zawiercze die weite Meerreise nach Argentinien durchgemacht, bis er in die Hände des Adressaten gelangt ist. — Bessern sich die Zeiten? Unter dieser Spitzmarke schreibt die „L. Volksztg.": Der Verband der Kaufleute teilt mit, daß in den letzten Tagen die Zahl der protestierten Wechsel stark abgenommen hat. Außerdem wurde in der vergangenen Woche die Sensation notiert, daß kein Lodzer Kaufmann Pleite gemacht hat.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt.

Der Złoty am 10. September. Danzig: Złoty 90,13—90,37, Ueberweisung Warschau 89,38—89,62; Berlin: Złoty 71,92 bis 72,68, Ueberweisung Warschau oder Posen 72,07—72,43, Kattowitz 71,57—71,93; Zürich: Ueberweisung Warschau 90,25; London: Ueberweisung Warschau 27,50, Neuyork: Ueberweisung Warschau 18,10; Wien —,—.

Warschauer Börse vom 10. Sept. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien —,—; Holland 232,50, 230,08—231,92; London 28,07—28,00, 28,07—27,93; Neuyork 5,77, 5,79—5,75; Paris —,—; Prag 17,12½, 17,17—17,08; Schweiz 111,75, 112,00—111,50, Stockholm —,—, Wien —,—; Italien —,—.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 10. Septbr. In Danziger Gulden wurden notiert für; Banknoten: 100 Reichsmark —,— Gd., —,— Br., 100 Złoty 90.13 Gd., 90.37 Br., Scheck London 25,20⅝ Gd., 25,1⅝ Br. — Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfd. Sterl. 25,22⅝ Gd., 25,22⅝ Br., Berlin in Reichsmk. —,— Gd., — Br., Holland 100 Gld. 208.84 Gd., 209.36 Br., Zürich 100 Fr. —,— Gd., —,— Br., Warschau 100 Zł. 89.38 Gd., 89.62 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 10. September Geld	Brief	In Reichsmark 9. September Geld	Brief
—	Buenos-Aires . 1 Pes.	1.687	1.691	1.690	1.694
7.3 %	Japan . . . . . . 1 Yen	1.718	1.722	1.711	1.715
—	Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.395	2.405	2.355	2.365
5 %	London . . 1 Pfd. Strl.	20.34	20.39	20.346	20.396
3.5 %	Neuyork . . . . 1 Doll.	4.195	4.205	4.195	4.205
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.576	0.578	0.558	0.560
4 %	Amsterdam . . 100 Fl.	168.64	169.06	168.89	169.38
8.5 %	Athen	6.09	6.11	6.24	6.26
5.5 %	Brüssel-Antw. 100 Frc.	18.57	18.61	18.69	18.73
9 %	Danzig . . . 100 Gulden	80.68	80.85	80.65	—
9 %	Helsingfors 100 finn. M.	10.58	10.62	10.57	10.61
7 %	Italien . . . . 100 Lira	17.57	17.61	17.77	17.86
7 %	Jugoslavien 100 Dinar	7.46	7.48	7.486	7.505
7 %	Kopenhagen . . 100 Kr.	104.67	104.93	105.19	105.45
9 %	Lissabon . . 100 Elcuto	12.125	21.175	21.125	21.175
6 %	Oslo-Christiania 100 Kr.	92.43	92.67	92.38	92.62
7 %	Paris . . . . . 100 Frc.	19.775	19.815	19.75	19.79
7 %	Prag . . . . . . 100 Kr.	12.431	12.471	12.432	12.472
4 %	Schweiz . . . . 100 Frc.	81.03	81.23	81.01	81.21
10 %	Sofia . . . . . 100 Leva	3.055	3.055	3.045	3.055
5 %	Spanien . . . 100 Pes.	59.97	60.13	59.83	59.97
5.5 %	Stockholm . . . 100 Kr.	112.43	112.69	112.41	112.69
9 %	Budapest . . 100000 Kr.	5.89	5.91	5.89	5.91
11 %	Wien . . . . . 100 Sch.	59.18	59.32	59.18	59.32

Züricher Börse vom 10. Septbr. (Amtlich.) Neuyork 5,18, London 25,11⅜, Paris 24,38, Holland 208,20, Berlin 123¼.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Goldmark —, 1 Dollar, gr. Scheine 5,83 Zł., do. kl. Scheine 5,75 Zł., 1 Pfund Sterling 27,93 Zł., 100 franz. Franken 27,10 Zł., 100 Schweizer Franken 111,50 Zł., 100 deutsche Mark 136,80 Zł.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 10. September. Industrieaktien: C. Hartwig 1.—7. Em. 0,70. Hartwig Kantorowicz 1. bis 2. Em. 2,70. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 2,25—2,00. Dr. Roman May 1.—5. Em. 22,00. Bracia Stabrowscy (Zapałki) 1. Em. 1,20 bis 1,30. „Tri" 1.—3. Em. 15,50. Zjed. Browary Grodziskie 1. bis 4. Em. 1,50. Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Danziger Produktenbericht vom 10. Septbr. (Nichtamtlich.) Preis pro Ztr. in Danziger Gulden. Weizen 128—130pfd. flau 12,00—12,50, do. 125—127pfd. und 120—122pfd. geschäftslos, Roggen 118pfd. flau 9,00—9,30, prompte Abl. v. Polen: Futtergerste 10,50 bis 11,00, Braugerste 11,50—12,50, Hafer flau 9,00—9,50, kl. Erbsen unv. 12,00—13,50, Viktoriaerbsen unv. 16,00—18,50, Roggenkleie unv. 7,50, Weizenkleie unv. 8,00, Weizenschale unv. 8,50. Großhandelspreise per 50 kg waggonfrei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 10. September. Amtliche Produktennotierungen für 1000 Kg. in Mark ab Stationen. Weizen märk. 218—223, Lieferung Okt. 244,50—244, Dez. 249—248, behauptet, Roggen märk. 170—173, Lieferung Sept. 188, Okt. 192 und Brief, Dez. 192, befestigt, Sommergerste 213—245, feinste Sorten über Notiz, Winter- und Futtergerste 180—185, ruhig, Hafer märk. 179 bis 187, Lieferung Sept. 178, Okt. 181—182, Dez. 190—192, fest, Mais per 1000 Kg. loko Berlin 214—218, ruhig, Weizenmehl per 100 Kg. 30,75—34, ruhig, Roggenmehl 24,50—26,50, ruhig, Weizenkleie 12—12,20, matt, Roggenkleie 11—11,20, matt, Raps per 1000 Kg. 355—360, still. Für 100 Kg.: Viktoriaerbsen 28—32, Futtererbsen 21—24, Wicken 25—28, blaue Lupinen 12,75—14, Rapskuchen 16 bis 16,20, Leinkuchen 22,60—22,90, Trockenschnitzel prompt 21, Kartoffelflocken 18,20.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 10. September. Preise für 100 Kg. in Goldmark. Hüttenrohzink (im freien Verkehr) 74,50—75,50, Remalted Plattenzink 64—65,50, Originalh.-Alum. (98—99 Prozent) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 2,35—2,40, do. in Walz- oder Drahtb. (99 Prozent) 2,45—2,50, Reinnickel (98—99 Prozent) 3,40—3,50, Antimon (Regulus) 1,26—1,28, Silber in Barren für 1 Kg. 900 fein 98—99.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 10. September in Krakau — 1,60 (1,59), Zawichost + 2,01 (2,13), Warschau + 2,43 (2,64), Plock + 2,05 (2,18), Thorn + 2,86 (3,02), Fordon + 2,89 (2,97), Culm + 2,92 (2,98), Graudenz + 3,12 (3,17), Kurzebrak + 3,52 (3,88), Montau 3,18 (3,26), Piekel — 3,37 (3,45), Dirschau + 3,33 (3,40), Einlage + 2,68 (2,70), Schiewenhorst + 2,86 (2,90) m. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten

Mittwoch nachm. 6½ Uhr verstarb nach kurzem schweren Krankenlager mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwieger- und Großvater, der

Rentier

Adolf Meister

im vollendeten 59. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen
Marie Meister geb. **Krug**
Emmi Ziaja geb. **Meister**
Martin Meister, Kaufmann, Hameln a. W.
Dr. Bruno Meister, Regierungsbaumeister, Friedenau
Ruth Meister, Braunschweig
Albrecht Ziaja, Oberstabsarzt Dr. med., Ludwigslust (Mecklenburg)
Hans-Dieter Ziaja, als Enkel.

Bydgoszcz, den 11. September 1925.

Die Beerdigung findet Montag, den 14. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Kapelle des alten evangel. Friedhofes, Wilhelmstraße aus statt. 10709

Für die Herbst- u. Winter-Saison

Großer Transport **Damen-Konfektion** in den verschiedensten Fassons, Farben und zu sehr mäßigem Preise eingetroffen.

Mäntel und Kostüme

ausländische Original-Modelle erstklassiger Ausführung, letzte Farben- und Pelzneuheiten.

Woll- und Seiden - Kleider und Hüte

ausländische Original-Modelle in künstlerischer Ausführung, letzte Neuheit.

Gefällige Besichtigung der Konfektion im Magazin gern gestattet.

Allen Beamten und Militärs der Stadt Bydgoszcz wird 10% Rabatt, gleichzeitig Zahlungserleichterung gewährt.

B. Cyrus, Magazyn Mód

Gdańska 155. Telefon 1433. 10463

Nehme Bestellungen auf Pelze, Mäntel, Kostüme und Kleider entgegen, die in eigenen Werkstätten unter Garantie für beste Ausführung und Schnitt nach **Wiener u. Pariser Original-Modellen** angefertigt werden.

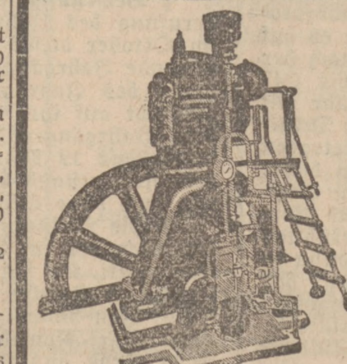
Dank.

Allen Gebern aus Stadt und Land, welche durch reichl. Spenden unser **Wohltätigkeitsfest** ermöglicht haben, allen mitwirkend. Damen u. den Herren d. Männergesangv. „Einigkeit", sowie allen Besuchern, sprechen wir hierdurch unsern **herzlichsten Dank** aus. 10712

Deutscher Frauen-Verein Swiecie.

Plätten in u. außer d. Hause. 7346
Gdańska 39, I Tr. r.

Willi Kirchhoff, Zivil-Ing. **Bydgoszcz,** Chodkiewicza 36, Tel. 227



liefert

Kompressorlose Dieselmotoren

Sauggas-Motoren — Fabrikat Hille-Werke Dresden
in jeder Leistung bis 1000 P.S., billigste Betriebskraft

Müllerei-Maschinen, Walzenstühle, Plansichter, Schälmaschine „Universum"

Wasserturbinen für alle Wassermengen u. Gefälle.

Erste Fabrikate. — Günstige Preise. — Erleichterte Zahlungen. — Beste Referenzen. 10231

Przymusowa sprzedaż.

W sobotę, dnia 12. września, o godz. 12½ popoł., będę sprzedawał w **Bydgoszczy,** przy **ul. Mostowej 11,** 1 piętro, w mieszkaniu pana Niedbalskiego, najwięcej dającemu i za gotówkę

1 pianino, marka Adolf Lehmann i Co., 1 dębową bibliotekę z książkami i 1 dębowe biurko.

Preuschoff, 10885
kom. sądowy w Bydgoszczy.

Warnung. Folg. 3 **Wechsel** sind mir abhanden gek., vor der Annahme gew. wird.
zł 400.— p. 15./9., akzept. Hermes, Warschau.
„ 210.— „ 15./9., „ Walkan, Włocławek.
„ 300.— „ 15./9., „ Neumann i Syn, Bydg.
M. Serepki, Bydgoszcz, ul. Matejki 7. 7423

Schweizer Seidengaze

Marke **„Dietrich Schindler"**
kenntlich durch rote Streifen in den Kanten empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.

Dworcowa 95. 10175 Telefon Nr. 24.

Das Reit- u. Fahrturnier in Złotniki

(11 km von Poznań) findet am

Sonntag, den 13. September d. J., nachm. 2 Uhr statt.

Zugverbindungen:

Hinfahrt: Ab Poznań 13.50 Uhr, an Złotniki 14.12 Uhr.
Aus Richtung Dziembówko-Rogoźno: an Złotniki 13.49 Uhr.
„ „ Szamotuły an Kiekrz: 13.55 Uhr.

Rückfahrt: Richtung Poznań, ab Kiekrz 18.39 Uhr.
„ „ ab Złotniki 20.06 Uhr.
„ Rogoźno-Dziembówko ab Złotniki 18.54 Uhr.
„ Szamotuły u. Anschlußstrecken nach Międzychód: ab Kiekrz 19.13 Uhr.

Autobusverbindung:

Ab Posen Caponniere (Hotel Bristol) 12.30, 1.15 und 2 Uhr.
Rückfahrt nach Schluss des Turniers.

Westpolnische Landwirtschaftl. Gesellschaft E.V.
Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 39, I. 10734

Ich mache es Ihnen möglich

Ihren lieben Verstorbenen ein **Grabmal** setzen zu lassen durch meine unerreicht

niedrigen Preise durch gute Arbeit durch Zahlungserleichterung.

Steinmetzmeister G. Wodsack,
nur Dworcowa **79.** 10020

Führe Neuanlagen, Erweiterungen sowie jede :: Reparatur, speziell Motorenreparatur ::

zu billigsten Preisen auch hier in der Stadt aus. 7419

Alfred Richter, Elektromeister, Gamma 8. Tel. 1292.

Zur rechtzeitigen Herbstbestellung

von der **W. Izb. Roln. u. Pom. Izb. Roln.** anerkannt stehen in **Zamarte** und den nächsten Anbaustationen noch zur Verfügung:

Orig. P. S. G. Nordland-Wintergerste
60 % über Pos. Höchstnotiz

Orig. P. S. G. Wangenheim-Winterroggen
70 % über Pos. Höchstnotiz

Orig. P. S. G. Pomm. Dickkopfweizen
60 % über Pos. Höchstnotiz 10070

I. Absaat bei W.-Gerste u. Weizen = 35%, bei Roggen = 40%.

Auf der staatl. Versuchsstation Mocheln b. Bydgoszcz stand Orig. P. S. G. Wang.-Roggen unt. 7 Sorten an I. Stelle u. Orig. P. S. G. Pomm.-Dickkopfweiz. „ 28 „ „ II. „

Auch nehmen wir Bestellg. auf Herbstlieferungen von unserer bewährten Kartoffelzüchtung zu einem um 30 % niedrigeren Preise als im Frühjahr entgegen.

Polsko-Niemiecka Hodowla Nasion T. z o. p.
Deutsch-Polnische Saatzucht G. m. b. H.
Zamarte,
p. Ogorzeliny, pow. Chojnicki (Pom.)
Tel. Ogorzeliny Nr. 1. Telegr.-Adr.: Ponihona Ogorzeliny.

Mit dem 10105
Sascha-Reduzierer
von Dr. Ballowitz-Berlin
beseitigen Sie überflüssiges Fett an jeder gewünschten Körperstelle. Tausende benutzen und loben ihn. Nur 5 Minut. täglich anzuwend. Preis 9 zł einschl. Fettzehrmasse 13.50 zł (i. Deutschland 9.90 Goldmark).
Alleinniederlage für Polen:
Saxonia-Apotheke,
Poznań 3, ul. Głogowska Nr. 74/75. Tel. 60-26.



Geldknappheit!!

veranlaßte unsere Lieferanten

weit unter Preis

gegen Kassa zu verkaufen:

Schuhe:

Damen-Spangenschuhe „Handarbeit"	12.50
Damen-Schnürschuhe „Ia Boxcalf"	12.50
Dam.-Spangenschuhe „frz. Abs. genäht"	14.50
Damen-Lackspangen „franz. Absatz"	18.50
Damen-Schnürschuhe „Lack, Lederabs."	18.50

Kleider:

Damen-Kleiderröcke „modern"	8.75
Damen-Kleider „Cheviot"	9.75
Damen-Kleider „elegant verarbeitet"	14.50
Damen-Kassakkleider „neuste Mode"	28.50
Damen-Kassakkleider „Samt"	38.50

Strickjacken:

10681

Damen-Strickjumper „reine Wolle"	9.75
Damen-Strickjacken „reine Wolle"	9.75
Damen-Strickjacken „mit Seide"	13.50
Damen-Strickjacken „beste Ware"	19.50
Damen-Strickjacken „extra schwer"	22.50

Mäntel:

Covercoat-Mäntel „Seidenfutter"	28.50
Tuch-Mäntel „Tressengarnitur"	38.50
Flausch-Mäntel „für starke Damen"	38.50
Affenhaut-Mäntel „Schlager"	58.00
Rips-Mäntel „ganz auf Seide"	78.00
Krimmer-Jacken „neueste Mode"	78.00
Bibrett-Jacken „Pelz-Imitation"	98.00
Wollplüsch-Mäntel „unverwüstlich"	118.00
Seidenplüsch-Mäntel „Ia Qual."	168.00

Mercedes, Mostowa 2.

Dr. von Behrens, Oberreferend. a. D. d. Warschauer Minister. f. K. u. V., Kons.-Richter erteilt **Rechtshilfe.** Aufwertungserrechnung, Hypotheken-, Schulden-, Erbschafts-, **Steuer-** u. Paßschwierigkeiten erledigt 8—2 **Dworcowa 56, „Labura"** u. 3—8 **Promenada 3,** deutsch und **polnisch.** Briefliche Anfragen werd. mit zł 3,— vorausbez. 10172

Gymnastik-Schule

Kurse in rhythmisch harmonischer Gymnastik, Bewegungskunst und **Plastik** beginnen im **September.** Kurse für Kleinkinder von 3 J. an, für Kinder, für junge Mädchen und für Frauen. Anfragen und Anmeldungen erbeten täglich von 11—1 und von 4—7. 10716

M. Toeppe, Tanzlehrerin, **Gamma 9,** III, Ecke Dworcowa.

-oto grafien Passbilder
zu staunend billigen Preisen liefert sofort
Centrale für Fotografien
nur Gdańska 19. 10326

Anmeldungen zum 10323
polnischen Unterrichtskursus
erbet. in der Geschäftsstelle, **Elisabethstr. 4.**

Hallo! Mitgemacht!

Kleine, feine, nette Privatzirkel für **Polnisch** suchen immer n. Damen u. Herren z. Teilnahme. (Anfg. u. Fortgeschr.) 1 Zirkel = 4—6 Pers. Off. u. **B. 7092** a. d. Gst. d. Bl.

Höchstpreise 7285
zahle ich für sämtliche **Felle** und **Roßhaare.**

Gerbe u. färbe
all. Arten fremd. Felle
Habe ein Lager in gefärbt. u. Naturfellen.
Wilczak, Malborska 13.

Perfekte Schneiderin 7403
empfiehlt sich von sofort in's Haus. Anfrag. an
Toy, Gdańska 153, 3 Tr.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 13. Sept. 25. (14. n. Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 12½ Uhr: Kindergottesdienst. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Pf. Hesekiel.

Ev. Pfarrkirche. Vm. 10 Uhr: Pf. Hesekiel. — ½12 Uhr: Kindergottesdienst. Dienstag, abends 7½ Uhr: Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vm. 8 Uhr: Gottesdienst, Pfr. Hesekiel.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 9½ Uhr: Lesegottesdienst. — Freitag, abds. 7½ Uhr: Bibelstunde, Pf. Paulig.

Ev. Gemeinsch., Libelta (Bachmannst.) 8. Vorm. 10 Uhr: Gebetsandacht. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Pred. Weipkema. Nachm. 5 Uhr: Jugendb. Dienstag, abds. 7½ Uhr: Gesangsstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 5½ Uhr: Jugend-Verein. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Gebetstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde in Blumwes Kinderheim.

Kl. Bartelsee. Vorm. 10 Uhr: Konfirmanden-Einführungsgottesdienst, danach Kindergottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Frauenverein im Pfarrhause.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Jünglings- und Jungfrauenverein.

KINO KRISTAL

Heute, Freitag, Premiere des gewaltigen Kunstfilmwerkes

„LA ROUE".

Eine Symphonie des Lebens voller Arbeit Leiden und Liebe in **12** großen, spannenden Akten.

In den Hauptrollen:

Severin Mars — Joy Close.

Die Regie dieses gigantischen Filmwerkes lag in den Händen des größten Regisseurs Europas

Abel Gance.

Keine Erhöhung der Eintrittspreise, trotz gewaltiger Unkosten, um einem jeden die Möglichkeit zu geben sich dieses Meisterwerk anzusehen.

Orchester unter Leitung des Kapellmeisters W. Teutsch.

Beginn: **6.25, 8.35.**

Deutsche Bühne Bydgoszcz T. z.
Sonnabend, den 12. September,
abends 8½ Uhr

Konzert-u. Liederabend

Marra v. Derrs — Sopran
J. Kerger — Tenor
Prof. St. Friedberg — Violine
Janina Wasserzug — Sopran.

Karten in **Johnes** Buchhandlung, Gdańska, am Sonnabend abends an der Theaterkasse. 10749

Nähen
außer dem Hause. 7379
Zu erfrag. in d. Geschst.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Freitag, 11. Sept. 1925, abends **8** Uhr:
Neuheit!! Neuheit!!
Einzige Wiederholung!

Der Mustergatte

Schwank in 3 Aufzügen von Avery Hopwood.

Karten an der Abendkasse.